

UNSER WORT AN DIE WÄHLER

DER *Hamburg-Plan* DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

- Der Hamburg-Plan
- Rechenschaft über die
28 Punkte von 1946
- Die 28 Punkte im Wortlaut
- Wie argumentieren wir?
- Erläuterung
des Hamburg-Plans
- Hamburg in Zahlen



A 88-458

Herausgegeben für die sozialdemokratischen Referenten
im Auftrage des Fraktionsvorstandes und des Parteivorstandes

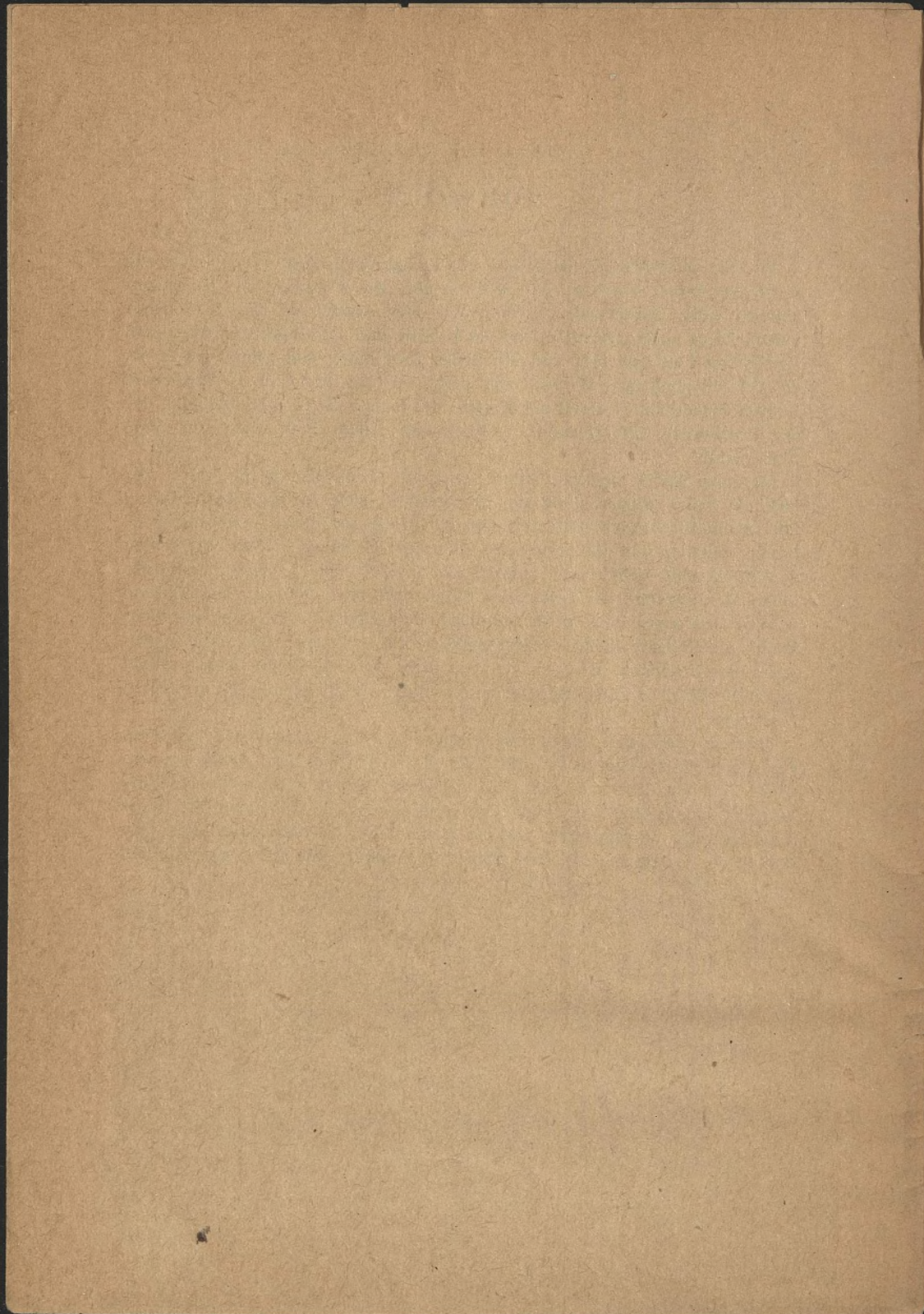
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auerdruck GmbH.
Hamburg 1, Pressehaus

VORWORT

Wir Sozialdemokraten haben uns 1946 in unserer Propaganda auf ein streng sachliches Gebiet begeben. Wir stellten eine Reihe nüchterner, jedermann einleuchtender Forderungen. Wenn wir jetzt wieder in den Wahlkampf gehen, ist es unsere Aufgabe, die Richtigkeit und Erfüllung der damaligen Forderungen zu beweisen und ein neues Programm, den „Hamburg-Plan“, der Öffentlichkeit zu erläutern. Ein unentbehrliches Material zur Ergänzung unseres Standpunktes bietet der Bericht des Senats „Drei Jahre Arbeit“, der der Hamburger Öffentlichkeit vorliegt und jedem Referenten zur Verfügung steht.

Der neue Wahlkampf in Hamburg wird auf Hamburger Basis geführt. Er bedeutet keine Wiederholung der Bundeswahl, sondern eine Entscheidung über die politische Zukunft der Hansestadt. Deswegen betonen wir die Hamburger Situation und die Argumente für unsere Hamburg-Politik. Wir wollen den Wahlkampf nicht durch Angriffe auf unsere Gegner, sondern durch ein klares Herausstellen der Leistungen dieser drei Jahre führen. Der Umfang unserer Leistungen ist so groß, daß uns in dem Wahlkampf die Zeit gar nicht bleibt, die Polemik in den Vordergrund treten zu lassen. Den Wähler, den wir erfassen können, erfassen wir auch nicht durch Polemik, sondern allein durch die Einsicht in das Geschehen, durch die Übersicht über die erreichten Leistungen.

Niemand kann den sozialdemokratischen Standpunkt schlüssig vertreten, der nicht die 28 Punkte von 1946, die Übersicht über ihre Erfüllung, den neuen Hamburg-Plan und seine Erläuterungen kennt. „Unser Wort an die Wähler“ umfaßt eine Reihe von Punkten, aber erst alle zusammen, die Übersicht über die Vergangenheit wie die Klarstellung des Gewollten bilden die Einheit der sozialdemokratischen Politik in Hamburg. Sie gilt es darzustellen.



Hamburg-Plan der SPD

Hamburgs Existenz erfordert die deutsche Einheit und eine starke Bundesgewalt. Es ist eine Notwendigkeit für Deutschland und Hamburg zugleich, daß der Bund Hamburgs Bedeutung und Bedürfnisse anerkennt und berücksichtigt.

Hamburgs Wiederaufbau

Wohnungsbau, insbesondere sozialer Wohnungsbau, bleibt Aufgabe Nummer eins für mehr als ein Jahrzehnt. Ein Programm für den Neubau von zunächst 15 000 Wohnungen jährlich ist die erste Etappe. Diese Jahresleistung muß sobald wie möglich gesteigert werden. Nur so läßt sich der Aufbau in weniger als zwanzig Jahren durchführen. Seine Gestaltung dürfen allein soziale Gesichtspunkte bestimmen, nicht egoistische Interessen.

Die Mieten werden, soweit wirtschaftlich irgend möglich, auf ihrem bisherigen Stand gehalten. Die bisherigen Neubaumieten sollen auch für künftige Neubauwohnungen gelten.

Ein Kleinsiedlungsprogramm wird in Angriff genommen, die Kleingartenbewegung gefördert.

Die Rückkehr evakuierter Hamburger wird mit dem Fortschritt des Wohnungsbaues erleichtert.

Die Hamburger Verkehrseinrichtungen sind weiter zweckmäßig auszubauen. Das Straßennetz ist zu erweitern, die vorhandenen Straßen zu verbessern, die restlichen Kriegsschäden zu beseitigen.

Ausgestaltung der Parks und Grünanlagen, Fortführung der Baumpflanzungsaktion in den Straßen, weitere Verbesserung der Straßenbeleuchtung, Verbesserung der Kanalisation.

Hamburgs Wirtschaftspolitik

Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze — mit dem Ziel der Vollbeschäftigung.

Gewinnung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlung weiterer für Hamburg geeigneter Industrien.

Erhaltung und Verbesserung des Hamburger Lohnniveaus.

Einwirken auf das Preisniveau, soweit dieses für Hamburg im Rahmen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung geschehen kann.

Beseitigung der restlichen Kriegsschäden im Hafen. Modernisierung der Hafenanlagen. Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Häfen des europäischen Festlandes, Ausgestaltung des Fischereihafens.

Wiederaufnahme des Schiffbaues aller Größenklassen, Wiederingangbringen der deutschen Hochseeschifffahrt, Förderung der Hochseefischerei.

Sicherung einer ausreichenden Wasserversorgung mit möglichst hohem Anteil von Grundwasser, um drohenden Wassermangel abzuwenden.

Ausbau der Elektrizitätswerke, um die gesteigerten Anforderungen von Haushaltungen und Industrie zu erfüllen, Ausgestaltung der Gaswerke, um einer Unterversorgung mit Gas vorzubeugen.

Weitere Intensivierung der Hamburger Landwirtschaft, insbesondere des ihr eigentümlichen Obst- und Gemüseanbaues.

Besondere soziale Leistungen

Für Alleinstehende (Ledige und berufstätige Frauen) wird ein Kleinstwohnungsbauprogramm aufgestellt. Hierbei sind Einrichtungen für die Kinderbetreuung vorzusehen.

Für alte Leute (Alleinstehende und Ehepaare) mit geringem Einkommen sind Kleinstwohnungen in Alterswohnheimen zu schaffen.

Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose zu Tariflöhnen.

Sicherung der Unterstützungssätze der Hamburger Fürsorge, die die höchsten im Bundesgebiet sind.

Anlage von Spielplätzen in allen Teilen der Stadt, mehr Jugendheime, Jugendwohnheime und Jugendherbergen.

Die Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes sind zu intensivieren, die Fortschritte der Wissenschaft, neue Untersuchungs- und Heilmethoden den Kranken nutzbar zu machen. Modernisierung der Krankenanstalten.

Erweiterung und Ausgestaltung der Pflegeheime für hilfsbedürftige alte Leute.

Hamburgs Kulturpolitik

Schulneubauten zur Durchführung der Schulreform und zur Herstellung friedensmäßiger Unterrichtsverhältnisse.

Ausgestaltung der Universität durch moderne Forschungseinrichtungen. Ausbau der Akademie für Gemeinwirtschaft. Förderung der unbemittelten und minderbemittelten studierenden Jugend.

Förderung und Verbilligung des Theaterbesuches durch Besucherorganisationen. Einbeziehung von Theater-, Oper- und Konzertbesuchen in den Schulunterricht.

Ausgestaltung der sportlichen Einrichtungen, Wiederherstellung und Ausbau der Schwimmbäder, Ausbau eines Stadions.

Verwaltung und Finanzen

Weitere Rationalisierung des Verwaltungsapparates, insbesondere durch Abbau seiner kriegsbedingten Bestandteile. Volkstümliche Durchführung des Gesetzes über die bezirkliche Verwaltung.

Neuregelung der Eigentumsverhältnisse bei der Hamburger Hochbahn AG und den Hamburgischen Electricitätswerken AG, die durch die Währungsreform und das verzögerte Erscheinen des zentralen Gesetzes über die D-Mark-Umstellungsbilanz bislang ausbleiben mußte. Zusammenfassung der finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte der Hamburger öffentlichen Unternehmen.

Bereitstellung ausreichender Mittel für die großen Investitionen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, die für die Arbeitsbeschaffung größte Bedeutung haben — Betonung der produktiven Aufgaben unseres Haushaltswesens. Erschließung neuer Finanzierungsquellen für den Wohnungsbau; dabei sind die Interessen der wirtschaftlich Schwachen besonders zu berücksichtigen.

Die Hamburger Sozialdemokraten haben den festen Willen, diesen Hamburg-Plan in den nächsten Jahren zur Leitschnur der Hamburger Politik zu machen, ebenso wie die bekannten 28 Punkte es für die Zeit von 1946 bis 1949 waren.

Rechenschaft über die 28 Punkte von 1946

Mit diesem Programm von 28 Punkten waren die Hamburger Sozialdemokraten in den Wahlkampf 1946 gegangen. Der sozialdemokratisch geführte Senat hatte es zum Regierungsprogramm erhoben. Die 28 Punkte sind weitgehend erfüllt, stärker als die Bevölkerung es damals erhoffte und stärker, als unsere Abgeordneten und Senatoren es 1946 selbst erwarten konnten.

Der ursprünglich große Demontageplan ließ sich durch unaufhörliche Bemühungen des Senats weitgehend verhindern und in seinen Folgen abschwächen. Die 41 betroffenen Betriebe konnten, unterstützt durch den

behördlichen Maschinenausgleich, ihre Tätigkeit mit anderen Produktionsaufgaben zumeist bald wieder aufnehmen (Punkt 1 des Sozialdemokratischen Programms). Eine Reihe neuer Industrien ist, von den Behörden vielfältig gefördert, in Hamburg entstanden. Der erfolgreich begonnene Wiederaufbau der Friedensindustrie ist eine Aufgabe für viele Jahre und muß weitergeführt werden (Punkt 2).

Die drohende Beseitigung der Hamburger Werftindustrie wurde verhindert, trotz der Zerstörungen von 1946 und 1949 blieb eine bedeutende Werftkapazität gesichert. Der Bau neuer Seeschiffe beginnt demnächst und wird in Hamburg auf sozialdemokratische Initiative zunächst mit 10 Millionen DM bezuschußt; bezüglich der Schiffsgrößen sind uns allerdings noch Grenzen auferlegt, um deren Beseitigung Hamburg nachdrücklich zu kämpfen hat (Punkte 3 und 4).

Nicht nur die in der öffentlichen Wirtschaft erzielten Überschüsse, sondern weitaus größere Beträge sind zum Ausbau und zur Ausgestaltung der wirtschaftlichen Grundlagen verwandt worden. Allein seit der Währungsreform stellten Senat und Bürgerschaft mit ihrer sozialdemokratischen Mehrheit für Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung und öffentliche Investitionen 612 Millionen DM zur Verfügung. Die organisatorische Zusammenfassung aller öffentlichen Betriebe (Electricitäts-, Gas-, Wasserwerke, Hochbahn, Hafendampfschiffahrt, Hafen- und Lagerhausgesellschaft) steht noch bevor; sie vorzunehmen ist erst möglich, wenn die deutsche Steuergesetzgebung und die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen auf der Grundlage der neuen Währung ein endgültiges Bild erkennen läßt. Der Eigentumsübergang der Hamburger Hochbahn AG und der Hamburgischen Electricitätswerke AG in die öffentliche Hand wurde durch das Ausbleiben der Währungsreform bis Juni 1948 und seither durch das Ausbleiben des D-Mark-Bilanzgesetzes hinausgeschoben und findet erst jetzt eine sichere Rechtsgrundlage (Punkte 6, 7 und 8).

Die Kriegsschäden an reparaturfähigen Wohnungen sind mit sehr großer öffentlicher Förderung weitgehend beseitigt worden, und zwar in größerem Umfang als in anderen Städten und Ländern. Die restlichen wiederinstandsetzungsfähigen 11 000 Wohnungen werden im Laufe des nächsten Jahres beziehbar sein. So kann der Neubau, der für das Programm von 1946 noch keine Bedeutung hatte, immer stärker in den Vordergrund treten. Hamburg ist bemüht, sein riesiges Aufbauprogramm in erheblich weniger als zwei Jahrzehnten durchzuführen. Auch für die Erhaltung der vorhandenen bewohnbaren und nicht kriegszerstörten Wohnungen standen sehr erhebliche Mittel zur Verfügung. Die öffentlichen Zuschüsse für Instandsetzungen und Neubauten haben dabei einen früher nie gekannten Umfang erreicht. Aus sozialen Gründen waren die Zins- und Tilgungsbedingungen besonders günstig. Die Baupreise werden scharf kontrolliert, um eine Bauverteuerung zu vermeiden. Eine fühlbare Senkung der Baupreise ist im letzten halben Jahr zu verzeichnen. Das bevorstehende Wohnungsbaugesetz sichert Finanzierung, Baustoffbeschaffung, Bereitstellung von Arbeitskräften für das Reparatur- und Neubauprogramm nach gemeinnützigen Grundsätzen. Es erfolgte kein Überschreiten des bisherigen Mietenniveaus. Die geplante Sicherung der Reparaturanteile in der Miete für die Vornahme von Hausreparaturen mußte der D-Mark-Zeit überlassen bleiben. Sie erfolgt im kommenden Wohnungsbaugesetz (Punkte 9, 10, 11 und 12).

Es ist bezeichnend für die Zeit, in der das Programm 1946 entstand, daß eine Reihe Maßnahmen damals für den Bereich eines einzigen Landes gefordert werden mußten, da die inzwischen entstandenen zentralen Instanzen noch fehlten. Was an solchen Punkten nicht erfüllt ist, geht nicht auf die hamburgische Verantwortung, sondern betrifft die Politik auf höherer Stufe. Die geplante Zusammenfassung der finanziellen Kräfte Hamburgs durch eine volkswirtschaftlich vernünftige Ordnung des Bankenapparates und durch

planmäßige Lenkung des Kreditwesens ist allein eine Aufgabe der Zentralstellen geworden. Eine Steuerpolitik, die die wirtschaftliche Aktivität nicht lähmt, sondern im Rahmen zeitgemäß beschränkter Gewinnmöglichkeiten fördert, war eine Aufgabe der Bizone und ist jetzt eine solche des Bundes, nicht Hamburgs, und konnte daher seit der Entstehung zentraler Instanzen von Hamburg kaum beeinflusst werden. Das gleiche gilt für die Aufbringung der Mittel nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit unter besonderer Heranziehung der großen Vermögen. Auch die geforderte planmäßige Lenkung der öffentlichen und privaten Wirtschaft nach den Grundsätzen vordringlichster Bedarfsdeckung bleibt der Bundespolitik überlassen (Punkte 5, 15 und 17).

So weit die Steuerpolitik allerdings in Hamburg entschieden werden konnte, wurden auf keinem wesentlichen Gebiet Erhöhungen vorgenommen. Dagegen stellten Hamburgs Senat und Bürgerschaft für den wirtschaftlichen Aufbau Hamburgs und die sozialen Leistungen an alle Hilfsbedürftigen die erforderlichen Mittel in großem Umfang zur Verfügung. Hamburg steht mit der Höhe seiner Unterstützungssätze, so bescheiden sie im Einzelfalle sind, weit aus an der Spitze der deutschen Länder und Städte (Punkte 15 und 16).

Das kommende Handelsgesetz, das der Bürgerschaft jetzt vorliegt, ist das modernste in Deutschland. Es beteiligt die Arbeitnehmer gleichberechtigt an den wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben dieser Institution (Punkt 18).

Das neue Schulgesetz sichert die Weiterentwicklung des Hamburger Schulwesens, dessen Leistungen in Deutschland und der Welt als führend bekannt sind und noch stärker werden sollen. Die Bereitstellung von Ausbildungsbeihilfen für alle befähigten minderbemittelten Kinder und Jugendlichen erfolgt im stärkeren Maße als früher. Die Universität wurde besser ausgestattet, die Wiederinstandsetzung der Gebäude und Institute geht ihrem Ende entgegen. Eine neue Akademie für Gemeinwirtschaft entstand, sie zeigt gute Leistungen, hat begeisterte Teilnehmer und findet als einzige Einrichtung dieser Art in wissenschaftlichen Kreisen große Beachtung (Punkte 21, 22 und 23).

Steuererlässe, Zuschüsse und Pflege der Besucherorganisationen fördern die kulturell führenden Theater. In Altona eröffnete das Theater im Haus der Jugend. Das Deutsche Schauspielhaus steht wieder deutschen Besuchern zur Verfügung. Die Oper befindet sich im Ausbau, der demnächst abgeschlossen ist (Punkt 24).

Die Förderung des Sports, der Jugendbildung und aller Einrichtungen der Jugendwohlfahrt verteilt sich auf zahllose Ausgaben, Millionenbeträge standen im Laufe der Jahre hierfür bereit (Punkt 25).

Die Handhabung der Entnazifizierung in Hamburg bewahrte nachweisbar nur nominell Belastete vor allen anhaltenden Benachteiligungen. Das neue Hamburger Entnazifizierungsgesetz erklärt grundsätzlich das Ende der Entnazifizierung, die nur noch in Sonderfällen stattfinden soll (Punkte 26 und 27).

Die Verwaltungsfunktionen gingen in Hamburg früher und stärker als in anderen deutschen Ländern auf die deutschen Dienststellen über. Der Einfluß der Besatzungsmacht ist zwar noch vorhanden, in Hamburg aber am stärksten beschränkt (Punkt 28).

So gut steht es um die Erfüllung der 28 Punkte!

Die deutsche Öffentlichkeit und die Weltöffentlichkeit urteilen übereinstimmend:

Hamburg liegt heute an der Spitze der deutschen Länder und Städte! Das Urteil der Hamburgerinnen und Hamburger steht fest:

Hamburg weiter voran durch die Sozialdemokratie!

Der Wortlaut der 28 Punkte

Die Mehrheit aller Hamburger für die Sozialdemokratie! — Das ist der Sinn dieser Wahl! Denn nur ein sozialistisches Hamburg kann ein gesundes und dann einmal wieder ein blühendes Hamburg werden.

Die Sozialdemokratie kann und will keine goldenen Berge versprechen. Aber sie will jetzt mit der sozialistischen Gestaltung des öffentlichen Lebens beginnen. — Wir Hamburger Sozialdemokraten stützen uns dabei auf die Erfahrungen und unbestreitbaren Erfolge unserer Partei in der kommunalen Aufbauarbeit der Jahre 1919 bis 1932.

Für die hamburgische Landespolitik sieht die Sozialdemokratie folgende Aufgaben:

Wirtschaft

1. Rettung aller wirtschaftlichen Werte und Arbeitsgrundlagen vor Stilllegung, Zerstörung oder Demontage.
2. Aufbau einer Friedensindustrie durch Erweiterung der vorhandenen und Errichtung neuer Industriebetriebe in Anpassung an Hamburgs Aufgabe als Ein- und Ausfuhrhafen.
3. Erhaltung ausreichender Werftanlagen für den Neubau von Fischereifahrzeugen, See- und Binnenschiffen sowie für die Bewältigung der Reparaturaufgaben des Hafens.
4. Schaffung eines Seeschiffsverkehrs für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, die Ausfuhr deutscher Fertigerzeugnisse und die Beförderung internationaler Güter.
5. Zusammenfassung der finanziellen Kräfte der Hamburger Wirtschaft und Bevölkerung durch volkswirtschaftlich vernünftige Ordnung des Bankenapparates und planmäßige Lenkung des Kreditwesens.

Öffentliche Wirtschaft

6. Überführung der Monopolbetriebe, wie Hamburger Hochbahn AG. und der Hamburgischen Electricitätswerke AG. in öffentlichen Besitz.
7. Zusammenfassung aller Betriebe der öffentlichen Wirtschaft (Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke, Hochbahn, Hafendampfschiffahrt, Hafen- und Lagerhausbetriebe) zur besseren Ausnutzung der Erträge.
8. Verwendung der in der öffentlichen Wirtschaft erzielten Überschüsse zum Ausbau des Hafens und zur Ausgestaltung der wirtschaftlichen Grundlage Hamburgs.

Wohnungsbeschaffung

9. Schleunige Wiederherstellung aller zerstörten reparaturfähigen Wohnungen.
10. Erhaltung des vorhandenen bewohnbaren Wohnungsbestandes durch Sicherstellung des für Reparaturen vorgesehenen Teils der Miete im Interesse der Mieter wie der Hauseigentümer.
11. Billigste Finanzierung der Instandsetzungen und Neubauten durch niedrig verzinsbare Mittel; schärfste Kontrolle der Baupreise, Bekämpfung der Bauverteuerung.
12. Aufstellung eines in Finanzierung, Baustoffbeschaffung und Bereitstellung von Arbeitskräften gesicherten Planes für den Neubau von Wohnungen, der im Anschluß an das Reparaturprogramm durchzuführen ist; Durchführung des Neubauprogramms nach gemeinnützigen Grundsätzen.

13. Sicherung sozialer Mieten, auch bei den vorhandenen Wohnungen; Abbau überteuerter Untermieten.
14. Sinnvolle Zusammenfassung aller Aufgaben der Wohnungsplanung, Wohnungsherstellung, Wohnungsbewirtschaftung und Wohnungsverteilung; Übergang aller Befugnisse auf deutsche, der Hamburger Bevölkerung voll verantwortliche Dienststellen.

Hamburger Finanzen

15. Eine Steuerpolitik, die die wirtschaftliche Aktivität nicht lähmt, sondern im Rahmen zeitgemäß beschränkter Gewinnmöglichkeiten fördert.
16. Bereitstellung der erforderlichen Mittel für den wirtschaftlichen Aufbau Hamburgs und für die sozialen Leistungen an alle Hilfsbedürftigen.
17. Aufbringung der Mittel nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit unter besonderer Heranziehung der großen Vermögen.

Wirtschaftliche Verwaltung

18. Entscheidende Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Verbraucher bei der Preiskontrolle und Preisfestsetzung, der wirtschaftlichen Lenkung, Planung und Verwaltung sowie in den Selbstverwaltungsorganen der freien Wirtschaft (Kammern) und in den Betrieben.
19. Die gesamte öffentliche und private Wirtschaft muß auch in Hamburg nach dem Grundsatz der vordringlichen Bedarfsdeckung planmäßig gelenkt werden.

Kommunale Verwaltung

20. Weitgehende kommunale Selbstverwaltung und Einschaltung der Bevölkerung in das Verwaltungssystem der Ortsämter.

Kultur

21. Fortschrittliche Entwicklung des Schulwesens im Geist des Friedens und der Völkerverständigung.
22. Ausreichende Ausbildungsbeihilfen an alle befähigten Minderbemittelten, insbesondere an die Opfer des Krieges und der Naziverfolgung.
23. Ausgestaltung der Universität: Lehrstühle für Soziologie, Gemeinwirtschaft und Auslandskunde; Bereitstellung der erforderlichen Lehr-einrichtungen.
24. Ausbau der öffentlichen und der unter öffentlichem Einfluß stehenden Theater zu kulturell hochqualifizierten Volkstheatern.
25. Förderung des Sports, der Jugendbildung und aller Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und Jugendbewegung.

Entnazifizierung

26. Befreiung der nachweisbar nur nominell Belasteten von allen Benachteiligungen.
27. Ausschaltung und Bestrafung aller Aktivisten.

Verantwortung nur als Freie!

28. Beschleunigter Übergang aller Verwaltungsfunktionen auf deutsche Dienststellen.

Die 28 Punkte wurden durch folgenden Aufruf eingeleitet:

Frauen und Männer Hamburgs!

Wir alle sind unzufrieden und haben gute Gründe dafür: unzureichende Ernährung, schlechte Wohnungen, fehlende Schuhe und Bekleidung für uns und unsere Kinder, Schwarzer Markt, Wohnungs- und Möbelbeschagnahmen; Abbau der Renten für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene; hohe Steuern lasten auf uns. Wir sind erbittert, daß unsere Kriegsgefangenen noch nicht heimgekehrt sind.

Vergessen wir nicht, daß die großen Sorgen und Nöte, von denen wir alltäglich geplagt sind, nichts anderes sind als die Folgen der Hitler-Diktatur und des Hitler-Krieges.

Es führt ein gerader Weg vom totalen Staat über den totalen Krieg zur totalen Niederlage. Nun regieren die Besatzungsmächte in Deutschland.

Und trotzdem sollen wir wählen? Nicht trotzdem, sondern gerade deswegen ist die Wahl von besonderer Bedeutung. Noch haben wir keine Demokratie! Noch leben wir in einer Übergangszeit. Noch bestimmen die Fach- und Funktionsoffiziere sowie Sonderverwaltungen ohne Kontrolle des Volkes. Die kommenden Wahlen sind der

erste entscheidende Schritt zur Demokratie,

zur Übernahme der Verantwortung durch uns Deutsche selber! Wir Sozialdemokraten wollen die Verantwortung für die Neugestaltung Hamburgs übernehmen. Wir wollen alle damit verbundenen Pflichten auf uns nehmen, verlangen von den Besatzungsmächten aber auch das Recht, Hamburg nach unseren Grundsätzen neu zu gestalten. Die Aufgabe ist schwer, sie erfordert

Arbeit, Arbeit, und noch einmal Arbeit!

Wir Sozialdemokraten sind bereit, diese Aufgabe mit allen gutwilligen Kräften unter ehrlicher Abkehr von allen Formen und Methoden der Diktatur zu bewältigen. Nur eine lebendige Demokratie kann uns herausführen aus Not und Elend. Gleiches Recht für alle, die die Grundlagen der Demokratie anerkennen und achten! Freiheit des Geistes und der menschlichen Persönlichkeit, Gewissens- und Glaubensfreiheit! Das sind die sittlichen Grundlagen, auf denen sozialdemokratische Politik in Theorie und Praxis unveränderlich beruht.

Nur eine zielklare sozialistische und demokratische Politik

wird Hamburg zu einem lebensfähigen Gemeinwesen machen.

Hamburg muß von den Sozialdemokraten geführt werden!

Hamburg ist keine Insel! Was wir hier zu schaffen haben, gilt gleichermaßen für Hamburg und für Deutschland, dessen wirtschaftliche und politische Einheit unverrückbares Ziel sozialistischer Politik bleibt.

Hamburg hat eine deutsche Aufgabe!

Was es einst vor dem Zerstörungswerk der Nazis war, muß es wieder werden: Das Tor zur Welt! Das erfordert eine weitgehende Selbstverwaltung Hamburgs im Rahmen eines künftigen demokratischen Deutschlands. Das erfordert vor allem auch den

Wiederaufbau des Hamburger Hafens.

Seine Anlagen sind zu 60 Prozent zerstört. Ein- und Ausfuhrhandel sind durch die nazistische Autarkie und Kriegspolitik völlig vernichtet.

Neubelebung des Ein- und Ausführhandels

ist darum die große deutsche Aufgabe, bei deren Lösung Hamburg mit dem übrigen Deutschland die Grundlagen für die Entwicklung einer neuen Friedensindustrie schaffen muß. Diese Friedensindustrie kann auch in Hamburg nur aufgebaut werden unter bewußter Abkehr von hochkapitalistischen Trusts und Konzernen, deren Machtpolitik Deutschlands Untergang mit herbeigeführt hat. Hamburg muß darum sein Gewicht für eine planvolle sozialistische und demokratische Wirtschaftspolitik einsetzen.

Hamburg hat eine sozialistische Aufgabe!

Ein Hamburg unter sozialdemokratischer Führung wird für die Sozialisierung des Bergbaues, der Grundindustrien, der Verkehrs- und Versorgungsbetriebe und der Großbanken wirken, zugleich aber auch alles tun für eine

Förderung privater und genossenschaftlicher Unternehmungen in der Klein- und Mittelindustrie, in Handel und Handwerk.

Es gilt auch in Hamburg die uns noch verbliebenen Produktionseinrichtungen vor sinnloser Zerstörung zu bewahren und neue Grundlagen für Handel, Schifffahrt und Gewerbe zu schaffen. Das wird weitgehend auch eine Aufgabe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sein. Sie erfordert vor allem auch demokratische Organe wirtschaftlicher Selbstverwaltung.

Die Vollbeschäftigung für alle Arbeiter und Angestellten muß erreicht werden. Im Vordergrund steht dabei vor allem der

Wohnungsbau

und zwar die beschleunigte Wiederherstellung reparaturfähiger Wohnungen und der Bau neuer Wohnungen. Es gilt, schnellstens zu beginnen. Der Wohnungsbau darf nicht mehr Objekt kapitalistischer Spekulation sein. Ein sozialdemokratisches Hamburg wird den Wohnungsbau kräftig vorantreiben. Ein tiefgreifender

Lastenausgleich im Geiste sozialer Gerechtigkeit

für alle Opfer des Krieges und des Nazismus, für Ausgebombte, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Vertriebene und alle sozial Bedrängten muß die Zufälle des Kriegsschicksals beseitigen.

Neben diesen überragenden Aufgaben steht als Notwendigkeit

die sittliche und geistige Erneuerung Hamburgs.

Sie erfordert eine nachdrückliche Förderung des Kulturlebens, dessen Eigenart und Vielfalt der sorgsamsten Pflege bedarf. Im Vordergrund steht die Neugestaltung der Schule, des gesamten Erziehungswesens, die Entwicklung einer fortschrittlichen Universität. Den Begabten ist ohne Rücksicht auf ihre soziale Lage der Weg wirtschaftlich zu ebnen. Die Jugendbewegung bedarf uneigennütziger Hilfe und Förderung.

Groß sind die Aufgaben, die zu lösen sind. Wir wollen in Hamburg entscheidend dazu beitragen, das Zeitalter des materialistischen Kapitalismus zu überwinden durch die demokratische und sozialistische Tat.

Tiefster Sinn des demokratischen Sozialismus ist, den Menschen wieder zum Maß aller Dinge zu machen!

**Hamburger! Arbeitet mit uns!
Kämpft mit uns für Hamburg und für Deutschland!**

Wie argumentieren wir?

Der Wähler hat es der SPD gegenüber bei der Bürgerschaftswahl leicht. Er kann exakt nachprüfen, was im Jahre 1946 versprochen worden ist und was davon erfüllt wurde. Wir müssen jedem Wähler deutlich sagen, daß er diese Gelegenheit bei anderen Wahlen und von anderen Parteien nie gehabt hat. Keine Partei ist je gern an ihre Versprechungen bei der vorherigen Wahl erinnert worden. Wir dagegen haben den Vergleich zwischen Versprechen und Erfüllen nicht zu fürchten. Im Gegenteil, wir müssen ihn sogar wünschen — in unserem eigenen Interesse. Aber nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch deswegen, weil wir der Wahlpropaganda einen anderen Stil geben wollen, als sie ihn in der Vergangenheit hatte. Wir wollen den nachdenklichen, abwägenden Wähler, d. h. den Wähler, der die Argumente genau prüft, der feststellt, ob er sich ganz oder überwiegend zu eigen machen kann, und sich danach entscheidet. Vor allem wollen wir denjenigen Wähler, der durch den Vergleich des alten Programms und seine Erfüllung mit dem neuen Programm feststellt, ob eine Partei das Vertrauen verdient hat, das sie forderte, und ob sie deswegen geeignet ist, neues Vertrauen zu beanspruchen.

Wir müssen den Wähler auch auf die Problematik eines solchen Programms hinweisen. Er muß um so enttäuschter sein, je mehr ihm versprochen worden ist, je weniger das Programm nüchtern war. Er muß auch wissen, daß man ihn bluffen kann, indem man einfach von einer besseren Zukunft spricht. Wir wollen ihn als den voll urteilsfähigen Staatsbürger behandeln. Wir wollen ihm sagen, und zwar ganz exakt und realistisch, was der Inhalt einer besseren Zukunft ist.

Wir wollen aber auch mit allem Nachdruck betonen, daß es nicht nur auf das Programm ankommt, sondern ebensosehr auf den Geist, in dem es geschaffen wurde und aus dem heraus es verwirklicht werden soll. Gerade diesen sozialistischen Geist müssen wir betonen. Denn wir haben unsere Auffassungen in den verflochtenen drei Jahren nicht in ihr Gegenteil verwandelt; wir haben sie nur den neuen Tatsachen entsprechend weiter entwickelt. 1946 warfen uns die CDU-Leute empört vor, wir Sozialdemokraten wollten das Monopol des Sozialismus beanspruchen. Es gäbe aber auch einen christlichen Sozialismus in der Prägung der CDU, der nicht nur gleichwertig sei, sondern besser.

Heute ist von diesem christlichen Sozialismus nicht mehr die Rede. Heute lehnt es jeder CDU-Redner ängstlich ab, des Sozialismus verdächtigt zu werden, gleich, ob es der Sozialismus der Sozialdemokratie oder jener christliche Sozialismus ist. Wir Sozialdemokraten haben schon damals betont, daß die Währungsreform die unerläßliche Voraussetzung bildet, ebenso wie die Wiedervereinigung Deutschlands. Wir haben schon damals, als die meisten nur in Ländern denken wollten, den Gedanken eines Hamburgs in einem starken Deutschland herausgestellt.

Wir hätten fast alle Punkte des Hamburg-Plans schon damals zu unserem Programm erheben können. Aber es hatte keinen Sinn, z. B. den Ausbau der Gaswerke zu fordern in einem Augenblick, in dem die Bevölkerung erst ein kleines Gasquantum erhielt und Teile Hamburgs noch von der Gasversorgung ausgeschlossen waren.

Unser Programm kostet Geld, viel Geld. Geld, das die Hamburger Bevölkerung aufbringen muß, das wir zu einem Teil auch aus zentralen Stellen des Bundes oder durch ausländische Hilfe erhalten müssen. Wir müssen klar herausstellen, daß eine vernünftige Politik zur Förderung Hamburgs ohne Geld ein Unding ist. Es kommt nicht darauf an, daß man mehr oder weniger Geld verwendet. Man kann wenig Geld sinnlos und viel Geld sinn-

voll ausgeben. Unser Ziel ist, jede Mark des Hamburger Steuerzahlers so nützlich zu verwenden, daß wir es vor ihm bei der nächsten Wahl ebenso verantworten können wie vor seinen Kindern in späteren Jahren.

Nun zu den 28 Punkten und ihrer Erfüllung.

Wir haben das Recht und die Pflicht, die Schwierigkeiten der Erfüllung nachdrücklich zu betonen. Es schadet nichts, wenn wir eingestehen, was noch vor der Erfüllung steht und was nur teilweise erfüllt werden konnte. Wenn wir dies sagen und zu jedem einzelnen Punkt klarstellen, vernichten wir im voraus jede mögliche Kritik der Gegner.

Leistung trotz übergroßer Schwierigkeiten

Als die Sozialdemokraten 1946 ihre 28 Punkte zum Programm der ersten neuen Bürgerschaft erhoben, waren auch in den eigenen Reihen viele im Zweifel, ob es gelingen würde, dieses Programm durchzuführen. Unsere Flugblätter hatten vorsichtigerweise nur versprochen, daß die Sozialdemokraten sich für dieses Programm einsetzen würden. Sie hatten davon abgesehen, mehr zu verheißen oder gar die Erfüllung zu prophezeien. Die Entwicklung hat unsere Vorsicht gelohnt.

Heute können wir sagen, daß wir viel, sehr viel von dem verwirklichen konnten, was wir möglichst erreichen wollten. Dabei waren die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellten, noch größer, als wir bei der Abfassung des Programms wissen konnten. Die Erinnerung an den Winter 1946/47 wird im Bewußtsein der heute Lebenden bis in fernste Zeiten fortwirken: an jenen Winter, als wir alle froren, als wir nicht einmal das kümmerliche Licht andrehen konnten, um die leeren Teller zu betrachten. Jener Winter, in dem der große Notstand wenige Stunden vor seiner Ausrufung war, da es nur noch möglich erschien, die Wasserversorgung, die Broterzeugung und die Krankenhäuser mit Strom zu beliefern. Und eine Stufe weiter, als die Wasserwerke in Gefahr waren, wegen der Verschmutzung der Filter die Wasserversorgung drosseln zu müssen.

Alles hing damals davon ab, daß der Notstand in aller Stille überwunden werden konnte. Aber diese Stille war kein hoffnungsloses Abwarten. Sie war erfüllt mit äußerster Aktivität. Was bedeutete es damals, wenn Kohlenzüge für andere notleidende Teile Deutschlands schließlich doch nach Hamburg umgeleitet wurden, wenn . . . zigtausend Kilowatt Strom über den Draht nach Hamburg hereinkamen, weil Hamburgs Regierung das Äußerste versucht und erreicht hatte? Wir wollen diese Zeiten nicht wieder in aller Deutlichkeit beschwören, aber doch nicht ganz aus der Erinnerung verlieren.

Ein betont nüchternes Programm

In der Aussprache muß klar betont werden, daß das Programm von 1946 nicht nachträglich illusionär ausgedeutet werden kann. Unsere Gegner und sogar Teile der unpolitischen Bevölkerung haben diesen Weg gewählt. Das spricht einerseits dafür, wie sehr ein solches Programm dem Bewußtsein der Öffentlichkeit einverleibt war. Es ist unsere Aufgabe, immer wieder den nüchternen Inhalt zu betonen — weswegen der Wortlaut der 28 Punkte am Schluß dieser Darstellung erneut abgedruckt ist.

Unter unseren politischen Gegnern haben sich insbesondere die Kommunisten der 28 Punkte von 1946 angenommen. Sie haben in aller Ausführlichkeit zu beweisen versucht, was alles nicht erfüllt worden sei. Dabei wenden sie den Trick an, in die 28 Punkte einen illusionär-utopischen Inhalt hineinzudeuten: z. B. in der Demontagefrage, deren Verhinderung war damals einer der wichtigsten sozialdemokratischen Punkte — er ist es noch heute. Es galt 1946, die neue große Demontagewelle zu verhindern. Die Demontage hat in Hamburg zwar etwa 40 Betriebe getroffen und ein paar

tausend Arbeiter ihrer Arbeitsplätze beraubt. Aber schon wenige Monate später waren fast überall neue Maschinen aufgestellt, zum Teil durch einen behördlich organisierten Maschinenausgleich, aus überschüssigen Maschinenkapazitäten abgezweigt. Und an den meisten Stellen der Demontage begann die Arbeit wieder mit einer neuen Produktion. Dann kam 1949 der sinnlose neue Angriff auf die Werften. Doch zusammenfassend muß jeder zugeben, daß wirtschaftsvernichtende Demontagefolgen von Hamburg abgewendet worden sind. Die Kommunisten wollen das Gegenteil behaupten.

So geht es mit jedem anderen Punkt der kommunistischen Kritik. Kein Sozialdemokrat hat 1946 versprochen, daß das Wohnungselend drei Jahre später beseitigt sein würde; aber die Kommunisten unterstellen auch dies in etwa. Es gab nur einen maßgebenden Gesichtspunkt in den drei Jahren: so viel zu tun, wie im Rahmen eines Programms von etwa zwanzig Jahren zu erreichen möglich ist. Zwei Jahrzehnte sind gewiß eine sehr lange Zeit. Und wir glauben heute, sie um ein paar Jahre verringern zu können. Das Entscheidende ist, daß über die Langfristigkeit eines solchen Programms keine Zweifel bestehen dürfen. Seit 1945 ist alles geschehen, um hier aus der Hoffnung geborene Irrtümer auszuschließen. Demgemäß gibt es heute noch eine große und vielfach empörende Wohnungsnot trotz allen Wohnungsbaues. Aber vergessen wir nicht, daß inzwischen über 140 000 Menschen nach Hamburg eingeströmt sind und hier Unterkunft gefunden haben. Es waren Kriegsgefangene, Evakuierte, Flüchtlinge vor der russischen Verfolgung im Osten und auch Fachkräfte, die die Weiterentwicklung der Hamburger Wirtschaft dringend benötigte. Wer hätte diesen Zustrom stoppen und für die einmal in Hamburg Wohnenden den Besitzstandpunkt verkünden wollen? Ein krasser Besitzstandpunkt hätte unser Wohnungselend schon gelindert; aber wir müssen wissen, daß die Wohnungsnot ein gesamtdeutsches Schicksal ist und daß wir Menschen, die Rechte auf eine hamburgische Wohnung haben, nicht fernhalten dürfen.

Leistungen über das Programm hinaus

Bemerkenswert muß sein, daß das Programm nicht nur weitgehend erfüllt wurde. Vielmehr sind an zahlreichen Stellen Leistungen über das Programm hinaus zustande gekommen. Nehmen wir das kulturelle Gebiet als Beispiel. Damals war weder von der inzwischen beschlossenen Schulreform die Rede noch von der Schaffung der Akademie für Gemeinwirtschaft (bescheiden erwähnte das damalige Programm einen entsprechenden Lehrstuhl an der Universität), noch von dem Ausbau der Oper, deren Fertigstellung etwa mit dem Wahltermin zusammenfallen wird.

Oder auf sozialem Gebiet: Inzwischen sind die (zweifelloso notwendigen) Erhöhungen der Unterstützungssätze erfolgt, und Tausende von Arbeitskräften, die in der freien Wirtschaft arbeitslos geworden sind, werden als Erwerbslose aus öffentlichen Mitteln sinnvoll beschäftigt.

Oder das Problem Nummer eins: Finanzierung des Wohnungsbaues. Von der Währungsreform bis heute hat die Wiederaufbaukasse allein 115 Millionen öffentliche Mittel als Zuschüsse für Wiederinstandsetzungen und Neubauten ausgegeben und damit ein Programm von mindestens 15 000 Wohnungen finanziert. Weitere 96 Millionen stehen noch bereit.

Die Grenzen des Programms konnten überschritten werden, weil eine kluge und umsichtige Führung der Hamburger Finanzen dies ermöglichte. Es ist üblich, aber unberechtigt, hierbei einfach auf die hohen Hamburger Steuereinnahmen hinzuweisen. Rechnet man die Aufwendungen der Länder und der größeren Städte zusammen, so sind diese in Frankfurt sogar höher (pro Kopf der Bevölkerung) als in Hamburg und in anderen vergleichbaren Großstädten kaum niedriger als in Hamburg. Hamburg hat von seinen Mitteln klugen Gebrauch gemacht.

Eine entscheidende Änderung für die Hamburger Politik mußte die Herstellung der Einheit Deutschlands (wenigstens im Westen) bringen. Das Recht der Länder, Dinge von grundsätzlicher Bedeutung zu ordnen, hörte notwendig auf. 1946 konnten wir noch in Hamburg selbständige Erwägungen über Wirtschaftspolitik, ja über Sozialisierung und Lenkung des Bankenapparates anstellen. Allein diese Kompetenzen liegen längst bei zentraler Stelle. Wir Sozialdemokraten sind nicht solche Föderalisten, daß wir diese Entwicklung bedauern. Wir haben vielmehr eine Zentralisierung immer gefordert und stellen mit Genugtuung fest, daß sie gekommen ist. Unsere Kritik gegen eine falsche Wirtschaftspolitik muß sich auf der Bundesbasis abspielen, und nur durch positive Beschlüsse auf der Bundesbasis sind Lösungen im Interesse des Volkes zu finden. War diese Entwicklung etwa falsch? Hamburg kann es am wenigsten auf sich nehmen, sich wirtschafts-separatistisch einzustellen und hier Beschlußfreiheit für Hamburg zu fordern. Leider hat diese erfreuliche Entwicklung eben auch Nachteile mit sich gebracht: einzelnen Abschnitten unseres Programms von 1946 blieb die Erfüllung versagt.

Die gleiche Erscheinung, nämlich die saubere Trennung zwischen der Bundeszuständigkeit und Landeszuständigkeit, bestimmt auch neue Züge unseres Programms für 1949—53. In dem Maße, wie die Zentrale ihre Bedeutung wiedererhalten hat, muß ein Programm zur Hamburger Bürgerschaftswahl sich auf die Hamburg gegebenen Möglichkeiten eindeutig beschränken und darf das nicht nennen, was allein auf der Bundesbasis zu lösen ist: etwa den Lastenausgleich oder die Währungspolitik, die Sparguthaben und die allgemeine Wirtschaftspolitik. Und jeder, der dieses Programm liest, muß sich darüber klar sein, wo die Grenzen selbständiger Hamburger Wirtschaftspolitik überhaupt liegen. Die Vollbeschäftigung läßt sich nicht in der 1½-Millionen-Stadt allein herbeiführen; aber es muß die Aufgabe der Hamburger Politik sein, mit ihren Kräften alles aus dieser Zielsetzung heraus zu tun. Das gilt für das Lohnniveau ebenso wie für das Preisniveau.

An die Adresse unserer Kritiker

Die Grenzen eines Programms sind zugleich auch die Grenzen berechtigter öffentlicher Kritik. Daß in Hamburg Sozialdemokraten in diesen drei Jahren die Dinge gestalten konnten, hat allem für Hamburg Möglichen das Gesicht geprägt. Aber die Sozialdemokraten konnten von Hamburg aus nicht die Dinge der Bizone oder des Bundes gestalten, wo sie eine oppositionelle Minderheit darstellen. Und gegenüber der Besatzungsmacht war es ihnen nur gegeben, Fehler aufzuweisen, Mißstände zu nennen, Änderungen anzuregen, die Kritik immer zu wiederholen. Aber es fehlten und fehlen noch heute alle Zwangsmittel, Änderungen gegen den Widerstand der Besatzung herbeizuführen. Auch das Besatzungsthema ist heute ein Bundesthema geworden. Hamburg kann dieses Bundesthema illustrieren, aber nicht mehr selbst behandeln.

Es bleibt ein Vorwurf gegen die SPD, sie hätte von ihrer Macht rücksichtslos Gebrauch gemacht. Das ist nicht der Fall. Sie hat zwar für 44 % der gültigen Stimmen 75 % der Mandate erhalten. Aber das ist das gleiche Wahlrecht, das etwa in England der Labour Party für eine Minderheit der Stimmen gleichfalls eine Mehrheit der Mandate einräumte. Im übrigen ist der Hamburger Fall kein Einzelfall. In den Städten des Westens hat sich das gleiche Wahlrecht zugunsten der CDU ausgewirkt. Es gibt sogar den grotesken Fall, daß durch die Abgrenzung verschiedener großer Wahlkreise die SPD in einzelnen Städten mit der Mehrheit der Stimmen nur die Minderheit der Mandate erhalten hat und dadurch ihre Position wahltechnisch

verlor. Im übrigen sind in Hamburg die Stimmen der politischen Gegner in jeder Form voll und ganz zum Ausdruck gekommen. In den parlamentarischen Ausschüssen hat die SPD von neun Sitzen vier den anderen Parteien, von fünfzehn sieben ihnen überlassen. Die SPD hat in der Bürgerschaft die Debatte nie mit ihrem Beschluß zu Ende geführt, sondern die Gegner in vollem Umfang ihre Meinung darstellen lassen. In den Ausschüssen ist die SPD häufig Anregungen von anderen Seiten gefolgt, wenn sie ihnen die besseren zu sein schienen.

Bei einer öffentlichen Darstellung sollte immer betont werden, daß das von uns 1946 gewählte System sachlicher Politik auch in Zukunft beibehalten und von allen bejaht werden muß, die eine nüchterne, soziale und fortschrittliche Politik fordern. Die Gegner haben derzeit gegen die 28 Punkte keine entscheidenden Einwendungen erheben können; sie werden dazu bei unserem Plan von 1949 auch nicht in der Lage sein. Die Zahl der Punkte ist ziemlich groß, weil uns für das neue Programm entsprechend der neuen vierjährigen Legislaturperiode der Bürgerschaft ein Jahr mehr zur Verfügung stehen wird. Auch dann werden wir wahrscheinlich das gleiche Bild haben wie gegenwärtig. Wir werden 1953 erklären können, einen sehr großen Teil des Programms erfüllt zu haben, über das Programm hinaus neue, heute noch nicht vorhergesehene Punkte aufgegriffen und gelöst zu haben, während andererseits Einzelheiten noch im Werden sein können.

Wer gegen unser Programm von 1946 polemisiert, muß konkret sagen können, was die Sozialdemokraten statt dessen hätten tun sollen. Wer den sozialdemokratischen Hamburg-Plan kritisiert, muß klarstellen, welche Forderungen an ihrer Stelle zu erheben sind.

Dabei müssen wir mit allem Nachdruck betonen, daß für jedes Programm entscheidend der Geist ist, in dem man es aufstellt und mit dem man es durchzuführen beginnt. Die Sozialdemokraten haben bewiesen, daß es ihnen mit ihrem realistischen Programm ernst ist. Die Kritiker haben bislang nicht einmal eine Erklärung versucht, was hätte geschehen sollen.

Die Persönlichkeiten unserer Politik

Hamburgs Politik der letzten drei Jahre war die Politik der Sozialdemokraten. Zur Durchführung dieser Politik bedienten sich die Sozialdemokraten ihrer besten Köpfe. Wir haben allen Anlaß, diese persönliche Seite der Bevölkerung klarzumachen. Wir müssen ihr sagen, daß es in keiner anderen Partei diejenigen persönlichen Qualitäten gibt, die wir herausstellen konnten. Wir werden hier den Namen des Ersten Bürgermeisters ebenso nennen wie die der Senatoren. Wir wissen alle und werden es den Gegnern auch sagen, wenn sie Kritik an den Persönlichkeiten üben.

Diese Persönlichkeiten haben nicht als „Führer“ gehandelt, sie haben nicht nur im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs gehandelt, sondern auch in dauernder Abstimmung der Auffassungen mit der Fraktion und der Partei. Der Senat wäre wenig ohne die Fraktion gewesen und die Fraktion wenig ohne den Senat. Es liegt hier eine sozialdemokratische Gesamtleistung vor, zu der keine andere Gruppe in der Lage gewesen wäre. Diese Hinweise haben gerade auch für die Zukunft Bedeutung. Es könnte Hamburg nichts Schlimmeres für seine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft geschehen, als wenn eine Fehlentscheidung der Wähler das Schicksal der Hansestadt in andere, weniger qualifizierte Hände legen würde. Die Sozialdemokratische Partei garantiert durch ihren Plan wie durch die Persönlichkeiten den Wiederaufstieg Hamburgs.

Erläuterung des sozialdemokratischen Hamburg-Planes

Hamburgs Existenz erfordert die deutsche Einheit und eine starke Bundesgewalt. Es ist eine Notwendigkeit für Deutschland und Hamburg zugleich, daß der Bund Hamburgs Bedeutung und Bedürfnisse anerkennt und berücksichtigt.

Erläuterung

Hamburg kann nicht wie ein beliebiges deutsches Land Autarkie predigen. Die Bayern, die dies versuchen, scheitern elend. Ihre Selbständigkeit ist deswegen wenig wert, weil sie jährlich 150 Millionen Zuschuß von anderen Ländern beanspruchen. Hamburgs Wirtschaft war stets auf das ganze Deutschland ausgerichtet. Das gilt für Importe wie für Exporte. Hamburg muß also aus Existenzgründen immer antiseparatistisch sein. Dabei ist es selbstverständlich, daß wir Hamburg finanziell nicht verkümmern lassen wollen, sondern vielmehr die Beachtung und Förderung unserer Außenhandels- und Schifffahrtsinteressen mit dem gleichen Recht fordern müssen, wie das Ruhrgebiet Kohle und Stahl in das Zentrum der deutschen Wirtschaftspolitik stellt. Es liegt in der Natur der Sache, daß wir Sozialdemokraten bei unseren binnenländischen Genossen viel leichter Verständnis für die hamburgische Eigenart finden als jene Separatisten, die oft nicht über den nächsten Kirchturm hinauszusehen vermögen. Seit den Tagen des Zonenanschlusses hat Hamburg immer den Reichsgedanken betont. Es ist ein grotesker Verfall bürgerlichen Denkens, daß man jetzt davon abkommt, nicht weil man den Standpunkt für richtig hält, sondern weil man die Politik der CDU bejaht, die nun einmal föderalistisch ist und teilweise mühsam den Separatismus unterdrückt (CSU).

Hamburgs Wiederaufbau

Wohnungsbau, insbesondere sozialer Wohnungsbau bleibt Aufgabe Nummer eins für mehr als ein Jahrzehnt. Ein Programm für den Neubau von zunächst 15 000 Wohnungen jährlich ist die erste Etappe. Diese Jahresleistung muß sobald wie möglich gesteigert werden. Nur so läßt sich der Aufbau in weniger als zwanzig Jahren durchführen. Seine Gestaltung dürfen allein soziale Gesichtspunkte bestimmen, nicht egoistische Interessen.

Die Mieten werden, soweit wirtschaftlich irgend möglich, auf ihrem bisherigen Stand gehalten. Die bisherigen Neubaumieten sollen auch für künftige Neubauwohnungen gelten.

Ein Kleinsiedlungsprogramm wird in Angriff genommen, die Kleingartenbewegung gefördert.

Erläuterung

Die Sozialdemokratie hat durch die Beschlüsse des Düsseldorfer Parteitages als erste den Wohnungsbau zur Aufgabe Nummer eins erhoben. Ihr sind die anderen Parteien gefolgt. Die CDU hat es über eine Reihe ziemlich unverbindlicher, aber sozial formulierter Gedanken nicht hinausgebracht. Während die bürgerlichen Parteien allgemein von Wohnungsbau sprechen, fordern wir das Schwergewicht im sozialen Wohnungsbau. Sozialer Wohnungsbau ist für uns der Wohnungsbau für alle diejenigen, die sozialversicherungspflichtig sind oder in ihrem Einkommen als Selbständige (Einzelhändler, Handwerker, freie Berufe, Beamte) nicht über die obere Grenze der Sozialversicherung von 7200 DM Jahreseinkommen hinausgelangen.

Wenn wir von 15 000 Wohnungen jährlich sprechen, so ist das die zur Zeit erreichbare Leistung. Diese kann erheblich gesteigert werden, wenn eine andere Wirtschaftspolitik als die heutige die notwendige Investitions- und Kreditlenkung betreibt. Hierin sind wir aber von der Politik des Bundes abhängig. Mit anderen Worten: Die Politik der Bonner Bundesregierung behindert durch ihren Verzicht auf klare Beeinflussung der Investitionen und der Kredithergabe den Wohnungsbau überall; und Hamburg ist im Rahmen der zentralen deutschen Wirtschaftspolitik davon betroffen.

Konzentrieren wir nicht alle Kräfte auf das Wohnungsbauprogramm, so wird seine Durchführung nicht nur zwei, sondern drei Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Denn das Gewinninteresse gebietet, eine Wohnungsnot bestehen zu lassen, um möglichst hohe Mieten zu erlösen. Unsere bürgerlichen Gegner wollen bei dem Wiederaufbau die egoistischen Interessen der einzelnen Eigentümer so weit wie möglich beachtet sehen. Wir betonen demgegenüber das Allgemeininteresse, ohne die sozial berechtigten Ansprüche der Eigentümer zu verkennen. Die Trennung der Wohn- und Industriegebiete ist selbstverständlich nur bei dem Aufbau zerstörter Stadtteile und neu erschlossenem Gelände möglich. Hier müssen die hygienischen Bedürfnisse der Bevölkerung beachtet und nicht wie in früheren Jahrzehnten vernachlässigt werden.

Kleinsiedlung ist nicht die Ansiedlung von Bauern oder Halbbauern, sondern die Ansiedlung berufstätiger Städter in kleinen Häusern mit einer größeren Gartenfläche, die ihnen nicht nur die teilweise Selbstversorgung mit Gartenerzeugnissen usw. gestattet, sondern ihnen auch die Möglichkeit gibt, Anteile der Erzeugnisse an den Markt zu liefern. Die Kleinsiedlung kann in Hamburg nie übergroßes Ausmaß annehmen, aber in einem gewissen Umfang entspricht sie den Wünschen eines Teiles der Bevölkerung und verdient deswegen die notwendige Förderung.

Die Kleingartenbewegung hat in Hamburg mit einer Zahl von nahezu 60 000 Kleingärtnern große Bedeutung. Es gilt, dafür zu sorgen, daß sie diese Bedeutung behält und diejenigen Erleichterungen erfährt, auf die sie Anspruch hat.

Die Rückkehr evakuierter Hamburger wird mit dem Fortschritt des Wohnungsbaues erleichtert.

Erläuterung:

Den während des Bombenkrieges nach auswärts evakuierten Hamburgern, die nicht im Verkehrsbereich Hamburgs Wohnung gefunden haben, sollte ein Anteil an frei werdenden, durch Wiederaufbau und Neubau entstehenden Wohnungen gesichert werden, damit ihre Rückkehr im Laufe der nächsten Jahre durchgeführt werden kann. Die Frage ist nur mit dem Fortschritt des Wohnungsbaues zu lösen. Gerade dieser Tatbestand beweist, daß die notwendige Intensivierung des Wohnungsbaues nicht nur unter dem Gesichtspunkt der gegenwärtig in Hamburg ortsansässigen Bevölkerung gesehen werden kann.

Die Hamburger Verkehrseinrichtungen sind weiter zweckmäßig auszubauen. Das Straßennetz ist zu erweitern, die vorhandenen Straßen zu verbessern, die restlichen Kriegsschäden zu beseitigen.

Erläuterung:

Bislang läuft vor allem die Wiederherstellung des durch den Krieg zu erheblichen Teilen zerstörten Hamburger Verkehrsnetzes. Man muß sich klar sein, daß allein die Wiederherstellung des Hochbahnringes eine ähnliche

Baufgabe bedeutet wie die Anlage einer neuen Hochbahnlinie. Inzwischen ist das Straßenbahnnetz an verschiedenen Stellen über den friedensmäßigen Stand hinaus erweitert worden. Ebenso wurden die im Krieg und in der Nachkriegszeit stillgelegten Autobuslinien in den Randgebieten weitgehend in Betrieb genommen. Denn die Verkehrsbedürfnisse Hamburgs sind gestiegen, weil der Bombenkrieg Hunderttausende in die Vororte abzuwandern gezwungen hat. Viele von diesen werden in den Vororten wohnen bleiben, so daß dort in den nächsten Jahren besondere Schwerpunkte des Wohnungsbaues entstehen müssen. Damit wachsen die Verkehrsbedürfnisse über den friedensmäßigen Stand hinaus. Ein besonderer Hinweis ist auf die Erweiterung des Vorortverkehrs der Eisenbahn nötig, den die Reichsbahn aus eigenen Mitteln nicht in Angriff nehmen kann. Auch dieses Unternehmen, das der Stadt Hamburg nicht gehört, bedarf daher der Förderung aus hamburgischen Mitteln, wenn seine Verkehrsleistungen gesteigert werden sollen.

Die Wiederherstellung und Ausgestaltung des Straßennetzes ist ein kostspieliges Unternehmen. Die Aufgabe reicht von den Straßen lokaler Bedeutung in den einzelnen Vororten bis zu dem großen Projekt der Einführung der Autobahn nach Hamburg und dem für später vorgesehenen Vorhaben einer Verbindung zwischen der Lübecker und der Bremer Autobahn. Ohne die in Hamburg durch den Krieg entstandenen und noch vorhandenen Mängel zu beschönigen, wollen wir unterstreichen, daß der Zustand der Straßen Hamburgs heute bereits weitaus besser ist als der in fast allen anderen Großstädten Deutschlands — ein Urteil, das sich den Fremden ebenso sehr aufdrängt wie denjenigen Hamburgern, die beruflich häufig außerhalb Hamburgs tätig sein müssen, während der am Ort Beschäftigte derartige Vergleichsmaßstäbe nicht hat und dazu neigt, nur die noch verbliebenen Mängel zu sehen.

Ausgestaltung der Parks und Grünanlagen, Fortführung der Baumpflanzungsaktion in den Straßen, weitere Verbesserung der Straßenbeleuchtung, Verbesserung der Kanalisation.

Erläuterung:

Die hier genannten Maßnahmen bestimmen im besonderen das Gesicht der Straßen und damit der Gesamtstadt. Die Ausgestaltung der Parks und Grünanlagen ist ebenso wie die Baumpflanzungsaktion keine Spielerei, die man späteren Jahren überlassen könnte. Sie gehört zu den hygienischen Notwendigkeiten einer Großstadt und daher in eine hohe Dringlichkeitsstufe. Die Verbesserung der Straßenbeleuchtung bedeutet nicht nur eine Erhöhung der Verkehrsbequemlichkeit für Fußgänger und Fahrzeuge, sondern ist auch vor allem geeignet, die Sicherheit auf den Straßen wiederherzustellen. Die geforderte Verbesserung des Kanalisationssystems bezieht sich vor allem auf die Beseitigung restlicher Kriegsschäden in den stark zerstörten Stadtteilen, die jetzt mit jedem einzelnen Wiederaufbau- und Neubauvorhaben ihre Bevölkerung wiedergewinnen, so daß erhöhte Ansprüche an das Abwässerungssystem gestellt werden.

Anmerkung:

Eine umfassende Schilderung der Probleme und Leistungen bietet der Abschnitt „Baubehörde“ im Bericht des Senats „Drei Jahre Arbeit“. Er ist bei der Behandlung des Wiederaufbauthemas unbedingt heranzuziehen, da er die Begründung unserer Forderungen in den praktischen Bedürfnissen mit seiner Schilderung der Arbeiten und Vorhaben und Nennung der Zahlen ausgezeichnet illustriert.

Hamburgs Wirtschaftspolitik

Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze — mit dem Ziel der Vollbeschäftigung.

Gewinnung neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlung weiterer für Hamburg geeigneter Industrien.

Erläuterung:

Es ist die Auffassung der gesamten Bevölkerung, und zwar der sozialdemokratischen wie der nicht sozialdemokratischen Kreise, daß die politische Führung die Sorge um die Zahl der Arbeitsplätze, also ihre Erhaltung und Sicherung wie ihre Vermehrung, als ihre erste Aufgabe zu betrachten hat. So sehr wir als Käufer das freie Angebot der Waren auf dem Markt schätzen, ebensowenig sind wir bereit, die Arbeitsplätze als Spiel des freien Marktes sein zu lassen. Das Ziel der Vollbeschäftigung — in den beiden letzten Jahrzehnten am Hauptthema der Wirtschaftswissenschaften und zur Hauptforderung der Wirtschaftspolitik geworden — hat der Mann auf der Straße seit Jahrzehnten als ein notwendiges Ziel empfunden. Was kann eine Regierung tun, um dieses Ziel zu erreichen? Im großen Rahmen, praktisch gesprochen im Rahmen der Bundesrepublik, außerordentlich viel. Es braucht nach der Auffassung sozialdemokratischer und vieler bürgerlicher Wissenschaftler keine Arbeitslosigkeit zu geben, wenn man die richtige Politik der Vollbeschäftigung treibt. Hierzu gehört die Bereitstellung der ausreichenden Kredite und selbstverständlich auch die Kontrolle ihrer Verwendung für wirtschaftlich wichtige Zwecke, die sogenannte Investitionskontrolle. Diese Aufgaben sind in Hamburg umfassend nur zu lösen, soweit der Bund die Voraussetzung dafür bietet. Weder die Hamburger Behörde für Wirtschaft und Verkehr noch die bei der Finanzbehörde bestehende Bankenkontrolle und auch nicht die Hamburger Landeszentral- und Landesbank können hier eine selbständige, von der Bundesrepublik gelöste Wirtschaftspolitik treiben. Es ist notwendig, diese Grenze nicht nur zu erkennen, sondern auch immer wieder klar herauszustellen, damit nicht übertriebene Hoffnungen entstehen. Aber in dem so gezogenen Rahmen bestehen eine Reihe von Möglichkeiten, die ausgenutzt werden müssen. Wenn es beispielsweise seit der Schaffung der D-Mark bis zum Augenblick gelungen ist, die Arbeitslosigkeit in Hamburg nicht über den Bundesdurchschnitt wachsen zu lassen, sondern sie sogar noch ein bißchen darunter zu halten, so stellt schon dies eine Leistung großen Ausmaßes dar. Denn Hamburg war immer ein Brennpunkt der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Wirtschaftliche Krisen trafen Hamburg immer früher und dauerten lange an, früher als anderswo und länger als anderswo. Die kritische Situation verschärfte sich noch dadurch, daß Hamburg eine Stadt mit besonderer Anziehung ist, die, ohne es selbst zu wollen, Menschen anlockt, auch wenn ihre wirtschaftliche Zukunft hier ebenso ungewiß oder ungewisser ist als anderswo. Seit der Währungsreform haben 612 Millionen für öffentliche und öffentlich geförderte Investitionen in Wirtschaft und Wohnungsbau eine Arbeitsbeschaffung ungeheuren Ausmaßes dargestellt. Rechnet man den durchschnittlichen Arbeiterlohn brutto verhältnismäßig günstig mit etwa 3000 DM jährlich, so bedeutet jene Summe den Lohnbetrag für 100 000 Arbeiter zwei Jahre lang. Dieser Lohnbetrag kommt bei der Verflechtung der Wirtschaft über das ganze Bundesgebiet natürlich nicht nur Hamburg zugute, aber der Schwerpunkt seiner Verwendung liegt in Hamburg. Die Summe des Geldes wie die Summe der Arbeitskräfte zeigen, welche Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung bislang in Hamburg bestanden, wie sehr es also eine politische Frage war (und bleiben wird), die öffentlichen Gelder einzusetzen. Dazu gehört aber

auch ein gewisser Mut, denn die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist überall ungewiß. Und es liegt nahe, die im Augenblick verfügbaren Mittel auf Bankenkonten für die ungewisse Zukunft parat zu halten, statt sie gegenwärtig für die Arbeitsbeschaffung durch Investitionen auszugeben. Hamburgs Sozialdemokraten haben einhellig — Bürgermeister wie Finanz- und Wirtschaftssenator, Senat wie Bürgerschaft — den Gedanken vertreten, daß im Rahmen des Verantwortlichen nicht die Bedenklichkeit, sondern der Mut zu entscheiden hat. Das muß auch in Zukunft gelten.

Die Ansiedlung neuer Industrien ist eine ebenso schwierige wie dankbare Aufgabe. Es gilt bei allen Projekten zunächst die Spreu vom Weizen zu sondern, und es gilt in jedem Fall, mit einem Minimum an Förderung ein Maximum an Wirkung zu erreichen. Die Förderung erfolgt nicht nur durch Kredite. Hierher gehören ebenso sehr Dispositionen des Wohnungsamtes, Genehmigungen der Baubehörde und der Wirtschaftsbehörde und eine Fülle anderer Maßnahmen. Hamburg sieht nach wie vor sein wirtschaftliches Schwergewicht im Hafen, aber die Gewinnung geeigneter Industrien ist daneben eine gleichwertige Aufgabe.

*Erhaltung und Verbesserung des Hamburger Lohnniveaus.
Einwirken auf das Preisniveau, soweit dies für Hamburg im Rahmen
der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung geschehen kann.*

Erläuterung:

Beide Forderungen sind eine Einheit, sofern sie der Steigerung des Reallohnes dienen sollen. Unmittelbare Einwirkungsmöglichkeiten auf das Lohnniveau hat Hamburg nur für die in seinem Dienst tätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Diese Möglichkeiten sind aber tatsächlich außerordentlich beschränkt, da Hamburg als öffentlicher Arbeitgeber an die Normen der verschiedenen Formen der öffentlichen Besoldung im Bundesgebiet gebunden ist. Das Verlassen der Normen kann sich im Finanzausgleich sehr negativ auswirken. Im Rahmen dieser Grenzen stehen Hamburgs öffentliche Arbeitnehmer aller Kategorien an der Spitze ihrer Kollegen im Bundesgebiet. Für die Wählerschaft interessanter ist das Lohn- und Gehaltsniveau außerhalb des öffentlichen Sektors. Seine Steigerung ist weitgehend eine Möglichkeit des Staates in seiner Eigenschaft als Auftraggeber. Der größte Auftraggeber in diesem Sinne ist die Baubehörde, die bei allen von ihr betriebenen und geförderten Bauvorhaben die Innehaltung der Tarife und die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge (deren Nichtabführung bedeutet eine verborgene Lohnsenkung) prüft. Diese Prüfungen sind gelegentlich von einzelnen Unternehmen als eine unzulässige Einmischung erklärt worden. Ein solcher Standpunkt ist falsch. Die Prüfungen dienen nicht nur dem Schutz der Arbeitnehmer, sondern auch dem Schutz der pflichtbewußten und ehrlichen Unternehmer, die nur mit sauberen Mitteln, nicht aber mit Verstößen gegen die Lohnvereinbarungen und die Sozialversicherungsbestimmungen Konkurrenz machen wollen. Eine weitere Möglichkeit des Staates, auf Erhaltung und Verbesserung des Lohnniveaus zu wirken, liegt in seiner grundsätzlichen Stellungnahme: in der Bejahung der gewerkschaftlichen Standpunkte, soweit diese irgend mit den öffentlichen Interessen zu vereinbaren sind, in der öffentlichen Stellungnahme, die die Haltung der Schlichter bestimmt, und Hamburgs Stellungnahme gegenüber dem Gremium des Bundesrates.

Was für die Einwirkung auf das Lohnniveau gesagt wurde, gilt wenig verändert auch für das Einwirken auf das Preisniveau. Aber auch hier gibt es Möglichkeiten des öffentlichen Handelns. Es ist eine politische Frage, ob und wie man sie ausnutzt. Ob man beispielsweise die Einfuhrmonopolbestimmungen so handhaben läßt, daß Preisverbilligungen einzelner Artikel

möglich werden; ob man preiserhöhende Vereinbarungen und Ringbildungen durch unmittelbare Eingriffe oder durch Förderung der Konkurrenz wirkungslos zu machen sucht; ob man — eine bisher wenig ausgenutzte Möglichkeit — öffentliche Kredite mit Vergünstigungen an besonders vorteilhafte private und gemeinnützige Verkaufseinrichtungen leitet. Es sind eine Fülle von Maßnahmen möglich, keine einzelne von ihnen ist eine große und entscheidende im Rahmen der hamburgischen Kompetenz, aber in der Summe sind die Möglichkeiten weitaus beachtlicher als die Öffentlichkeit dies sieht und als es ihr bekannt wird. In der Entscheidung, ob das Interesse des Konsumenten oder das egoistische Interesse einzelner Wirtschaftspartner voransteht, stellt sich in jedem Einzelfall die politische Seite des Problems dar: es kommt darauf an, wer diese Fragen entscheidet, ob er sie sozialistisch oder nichtsozialistisch entscheidet. Die Bedeutung des Problems ergibt sich daraus, daß das höhere Hamburger Lohn- und Einkommenniveau auch zu einem höheren Preisniveau führt, wie sich statistisch erwiesen hat.

Beseitigung der restlichen Kriegsschäden im Hafen, Modernisierung der Hafenanlagen. Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Häfen des europäischen Festlandes, Ausgestaltung des Fischereihafens. Wiederaufnahme des Schiffbaues aller Größenklassen, Wiederingangbringen der deutschen Hochseeschifffahrt, Förderung der Hochseefischerei.

Erläuterung:

Der Komplex Hafen — Schiffbau — Hochseeschifffahrt — Hochseefischerei ist für Hamburg ein einheitlicher Komplex, Der Hafen, die Existenzgrundlage, bedarf dauernder Pflege. Hierüber sind erfreulicherweise seit je alle politischen Parteien einig gewesen. In Hafentagen hat das Hamburger Parlament stets seine Übereinstimmung gezeigt. Deswegen wird unser sozialistischer Plan auf diesem Gebiet zweifellos die Zustimmung aller finden. Der Unterschied zwischen uns und unserem Gegner liegt aber auch hier in der grundsätzlichen Einstellung: für uns handelt es sich um die Wirtschaftsgrundlage der Stadt Hamburg, um die Arbeitsplätze der Hafendarbeiter, der Werftarbeiter, der Seeleute und um das Fischereipersonal, nicht aber um die individualistischen und Gewinninteressen einzelner. Dieser Standpunkt ist wichtig für die Entscheidung über die Rangfolge der Bedürfnisse. Die Beseitigung der Kriegsschäden muß im Rahmen des möglichen zu seiner Modernisierung führen. Hierbei verlangen die großen leitenden Gesichtspunkte in manchen Fällen andere Entscheidungen als Sonderinteressen. Hinsichtlich der Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit war es bemerkenswert, daß die erste internationale Fühlungnahme hierüber seitens des Wirtschaftssenators, Prof. Dr. Schiller, von den Kennern der Hamburger Wirtschaftspolitik ebenso begrüßt wurde wie die privaten Interessenten sich teilweise ablehnend verhielten, weil sie ihre individuelle Konkurrenzsituation mehr sahen als das Gesamtbedürfnis des Hamburger Hafens.

Der gleiche Unterschied wird sich zeigen, wenn der Schiffbau über die Bauaufgaben für Schiffe bis zur Grenze von 1500 Tonnen und von Fischkähnen überschritten hat. Es wird dann gelten, den Gesamtstandpunkt durchzusetzen — in verständiger Abstimmung mit den wirtschaftlichen Unternehmen, aber doch so, daß auch hier individualistische Interessen in den Hintergrund treten, notfalls zu treten gezwungen werden.

Wie die deutsche Hochseeschifffahrt wieder wirtschaftlich organisiert wird, steht noch dahin. Die Reedereien, die ihr Kapital verloren haben, sind zweifellos auf öffentliche Hilfe angewiesen, wenn sie starten wollen. Hamburg wird hier sein möglichstes tun, aber wiederum muß der allgemeine

Gesichtspunkt entscheidend sein. Für die Förderung der Hochseefischerei hat Hamburg noch in der Reichsmark-Zeit die Beteiligung an einem gemeinschaftlichen Unternehmen begonnen, das von der GEG als Vertreterin der Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften entscheidend mit zu tragen ist. Weitere Maßnahmen werden folgen müssen.

Unsere Gegner haben besonders im Wahlkampf zum Bundestag mit Fleiß die Mär verbreitet, daß die sozialdemokratische Wirtschaftsführung für Hafen und Schifffahrt „nix“ getan habe. Das ist nicht nur für die Vergangenheit widerlegt, sondern insbesondere auch für die Entwicklung während des Jahres 1949. Der sozialdemokratische Wirtschaftssenator, Prof. Dr. Schiller, hat das Schwergewicht seiner Arbeit auf die Außenhandels-, Hafen- und Schifffahrtsfragen gelegt. Die SPD war es, die als erste Hilfe für die Hochseeschifffahrt 10 Millionen für den Schiffbau beantragte und dadurch das Thema in anderen Ländern wie schließlich auch bei den zonalen Stellen in Gang brachte — bezeichnenderweise ging die Initiative nicht von denjenigen politischen Gruppen aus, die den Interessenten nahe stehen. Unter diesen waren die Unvoreingenommenen offen genug, die Leistungen der SPD anzuerkennen. In vier Jahren wurden 118 Millionen für den Hafenviederaufbau ausgegeben!

*Sicherung einer ausreichenden Wasserversorgung mit möglichst hohem Anteil von Grundwasser, um drohenden Wassermangel abzuwenden.
Ausbau der Elektrizitätswerke, um die gesteigerten Anforderungen von Haushaltungen und Industrie zu erfüllen. Ausgestaltung der Gaswerke, um einer Unterversorgung mit Gas vorzubeugen.*

Erläuterung:

Die Beseitigung der Kriegsschäden im Rohrnetz der Wasser- und Gaswerke, der Leitungsschäden der Elektrizitätswerke, der Schäden in den Werkanlagen selbst ist eine mehrjährige Aufgabe, die seit 4^{1/2} Jahren mit allem Nachdruck betrieben wird und durchweg noch nicht beendet ist. Es kann aber nicht bei der Wiederherstellung der alten Leistungsfähigkeit bleiben. Hinsichtlich der Wasserversorgung müssen wir mit einem Versiegen der Grundwasserquellen rechnen, deswegen müssen neue erschlossen werden. Hamburg hat seit je im starken Maße neben dem hygienisch hochqualifizierten Grundwasser Elbwasser verbraucht, das nach einem Reinigungsprozeß unter Verwendung aller wissenschaftlichen Verfahren hygienisch einwandfreies Wasser liefert. Aber der Vorrang des Grundwassers ist unbestritten. Die Frage, wieviel Wasser in Zukunft der Elbe entnommen werden muß, ist schließlich eine finanzielle Frage. Sie ist dadurch bedingt, wieviel Mittel zur Erschließung von Grundwasserquellen verwandt werden. Je nachdem, welche Form der Lösung man wählt, handelt es sich um einen Aufwand von 30 bis 60 Millionen. Eine umfassende Lösung würde die 100-Millionen-Grenze überschreiten. Die Angelegenheit ist so dringlich, daß sie nicht etwa aus finanziellen Gründen noch weiter hinausgeschoben werden kann. Die Lösung muß unmittelbar in Angriff genommen werden. An ihr hängt nicht allein die weitere Gesundheit der Hamburger Bevölkerung, sondern vor allem auch die Entwicklung derjenigen Industrien, die Wasser verbrauchen.

Die Stromverknappung ist eine internationale Erscheinung. Sie ist ein Problem auch in Ländern, die völlig vom Krieg verschont geblieben sind, wie in der Schweiz. Überall hat der Stromverbrauch durch Haushaltungen und Industrie so zugenommen und nimmt laufend weiter zu, daß die Elektrizitätswerke in ihren Leistungen erheblich gesteigert werden müssen, sonst tritt die Situation ein, daß die Hausfrau ihre elektrischen Geräte,

Herde und Öfen nicht benutzen kann, daß die Industrie mögliche Erweiterungen ihrer Produktion nicht durchführen kann, weil Strom fehlt. Es ist das also eine vorsorgliche, aber deswegen nicht weniger dringende Aufgabe, das Nötige für den Ausbau der Elektrizitätswerke zu tun. Hier wird es sich insgesamt um ein Objekt von mehr als 100 Millionen handeln, das sich auf die nächsten Jahre verteilt. Trotz des Ausbaues der Elektrizitätswerke wird der weitere Ausbau der Gaswerke nicht entbehrlich. Sie müssen für ihren Abnehmerkreis von Haushaltungen und Industrie gleichfalls ihre Leistungsfähigkeit weiter steigern. Auch hier handelt es sich um einen hohen Millionenbetrag.

Weitere Intensivierung der Hamburger Landwirtschaft, insbesondere des ihr eigentümlichen Obst- und Gemüseanbaues.

Erläuterung:

Hamburg hat es sich immer angelegen sein lassen, seine Landwirtschaft zu intensivieren, d. h. ihre Leistung für die großstädtische Bevölkerung zu steigern. Welche Bedeutung die Hamburger Landwirtschaft hat, wurde uns besonders in den verfloßenen kritischen Jahren klar. Die großstadtnahe Landwirtschaft hat aber nicht nur ihre Bedeutung für die Ernährung, sie spielt mit dem Gemüsemarkt und für die Beschäftigung von Tausenden eine wichtige und erhebliche Rolle.

Anmerkung:

Ausführliches Material zu den oben angeschnittenen Fragen bietet der Bericht der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, für den letzten Punkt — Landwirtschaft — der der Behörde Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Besondere soziale Leistungen

Für Alleinstehende (Ledige und berufstätige Frauen) wird ein Kleinstwohnungsprogramm aufgestellt. Hierbei sind Einrichtungen für die Kinderbetreuung vorzusehen.

Für alte Leute (Alleinstehende und Ehepaare) mit geringem Einkommen sind Kleinstwohnungen in Alterswohnheimen zu schaffen.

Erläuterung:

Ist der Wohnungsbau eine wirtschaftliche und soziale Aufgabe zugleich, so hat er für zwei Gruppen besondere soziale Aufgaben zu leisten. Die Alleinstehenden dürfen nicht auf die Dauer in der letzten Linie der Wohnungswirtschaftlichen Versorgung stehen. Ledige und alleinstehende Berufstätige, insbesondere unter den Frauen, haben grundsätzlich den gleichen Anspruch auf eine eigene Wohnung. Die Erfüllung dieses Anspruchs wird nur schrittweise möglich sein. Es kommt darauf an, daß man sie schon im Rahmen der jetzt laufenden Wohnungsbauprogramme vorsieht und nicht etwa auf eine spätere Zeit vertagt. Das gilt insbesondere, soweit es sich um Witwen und andere alleinstehende Frauen mit Kindern handelt. Um diesen Müttern die Berufstätigkeit zu erleichtern, sollen die Kleinstwohnungsblöcke auch Kindergärten als Tagesheime erhalten, denen die Mütter unbesorgt ihre Kinder während der Arbeitszeit anvertrauen können. Die soziale Note muß nicht nur in dem Programm selbst, sondern auch in der Gestaltung der Wohnungen wie in der Bemessung der Miete zum Ausdruck kommen.

Für alte Leute hat Hamburg schon vor 20 Jahren das vorbildliche Alterswohnheim Groß-Borstel geschaffen. In der NS-Zeit wie im Kriege und nach

ihm hat dieses sozial hochwichtige Beginnen bislang keine Nachfolge gefunden. Wir müssen weitere Alterswohnheime mit Kleinwohnungen bauen. Leuchtend steht hier sowohl in der Zahl der 8000 Wohnungen wie in der Ausgestaltung der Heime das Beispiel der Stadt Kopenhagen voran. Es muß in den nächsten Jahren gelingen, auch in Hamburg einige tausend solcher Alterskleinstwohnungen zu schaffen. Sie stehen denen zur Verfügung, die ihre kleinen Renten erhalten und auf billige Mieten angewiesen sind, sowohl alleinstehende Leute wie alte Ehepaare. Die Finanzierung dieser Objekte wird wegen der notwendigerweise geringen Miethöhe eine besonders schwierige Aufgabe sein, aber sie muß im Rahmen des möglichen gelöst werden — und dieser Rahmen ist weitgehend von unserem Willen bestimmt. Es handelt sich selbstverständlich nicht darum, daß für das Wohnen in diesen Heimen irgendein Zwang ausgeübt werden soll. Wir rechnen vielmehr damit, daß das Interesse der alten Leute, dort zu wohnen, sehr groß sein wird und auch nach einem mehrjährigen Bauprogramm der Bedarf sich noch nicht als voll gedeckt erweist.

Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose zu Tariflöhnen.

Erläuterung:

Das in der Weimarer Zeit geschaffene System der Unterstützungsarbeiten und der produktiven Erwerbslosenfürsorge litt daran, daß die dort beschäftigten Arbeitslosen einer Sonderregelung unterlagen, die sie nicht in den Genuß der Tariflöhne für diese Berufstätigkeit brachte. Hamburg ist jetzt dazu übergegangen, Arbeitslose für öffentliche Aufgaben zu vollen Tariflöhnen zu beschäftigen. Dieses Verfahren soll für die Zukunft nicht nur beibehalten, sondern nötigenfalls ausgebaut werden. Die dabei den Arbeitslosen gebotenen Arbeitsgelegenheiten sind verständlicherweise in den meisten Fällen für sie berufsfremd. Die Öffentlichkeit hat es aber nicht in der Hand, jeden Arbeitslosen in seinem eigenen, erlernten oder bislang ausgeübten Beruf zu beschäftigen — obwohl dies das Ziel jeder Arbeitsvermittlung ist und alles andere nur eine Notlösung darstellt. Die große Zahl der so beschäftigten Arbeitslosen ist ein erhebliches finanzielles Problem, das Hamburg bisher gelöst hat. Wir sind gewillt, diese Lösung auch weiterhin herbeizuführen.

Sicherung der Unterstützungssätze der Hamburger Fürsorge, die die höchsten im Bundesgebiet sind.

Erläuterung:

Die Hamburger Unterstützungssätze sind, das werden insbesondere die Unterstützten selbst betonen, keineswegs hoch. Wir müssen sogar zugeben, daß sie nur mit großer Mühe für eine sehr eingeschränkte Lebenshaltung reichen. Dennoch ist festzustellen, wie sehr sie an der Spitze des gesamtdeutschen Aufwandes liegen. In der zuletzt veröffentlichten Statistik vom Juli 1949 werden im vereinigten Wirtschaftsgebiet, also für acht Länder einschließlich Hamburg, Ausgaben von durchschnittlich 31,11 DM je Monat genannt. In Hamburg liegt der Durchschnittssatz je unterstützter Person mit 45,60 DM um 47 Prozent höher. Darin drückt sich auch der notwendigerweise höhere Aufwand für die Lebenshaltung in Hamburg aus. Es zeigt sich aber zugleich, wie sehr es in Hamburg gelungen ist, öffentliche Mittel für diesen Zweck zu mobilisieren. Anfang des Jahres konnte eine umfassende Untersuchung der netto gezahlten Tariflöhne und der Unterstützungssätze für Familien mit Kindern zeigen, daß für die in der Lohngestaltung weniger begünstigten Arbeitergruppen die Unterstützungssätze außer-

ordentlich nahe an die Nettolöhne herankommen, sie bei mehr als drei Kindern sogar in einer ganzen Reihe von Fällen nicht nur erreichen, sondern überschreiten. Derartige Leistungen seitens Hamburgs bleiben außerhalb unserer Grenzen nicht ohne Kritik, denn selbstverständlicherweise sind die Länder und Gemeinden, die derartige Leistungen nicht ermöglichen können, stets geneigt, Abweichungen nach oben kritisch zu betrachten und nicht etwa zu begrüßen. Sie weisen auf die offenbar bessere Finanzlage Hamburgs hin und leiten daraus den Gedanken ab, daß Hamburg größere Beiträge an einen Finanzausgleich leistet. Es zeigt sich wieder die politische Seite: nämlich die enge Verknüpfung der politischen Entscheidung über die Behandlung der öffentlichen Gelder.

Anlage von Spielplätzen in allen Teilen der Stadt, mehr Jugendheime, Jugendwohnheime und Jugendherbergen.

Erläuterung:

In welchem Umfang Hamburg während der letzten Jahre Einrichtungen für die Jugend geschaffen hat, zeigt ausführlich und überzeugend der Bericht der Jugendbehörde. Aber es bleibt noch viel zu tun. Es fehlen uns noch Kindergärten, es fehlt vor allem die Anlage von ausreichend vielen Spielplätzen, und zwar in allen Teilen der Stadt. Denn sie verlieren ihren Wert, wenn sie weit von der elterlichen Wohnung entfernt sind. Für die erwachsene Jugend brauchen wir Einrichtungen wie Jugendheime für Jugendliche, die im elterlichen Haus wohnen können und in dem Heim ihr jugendliches Gemeinschaftsleben pflegen. Wir brauchen Jugendwohnheime für Jugendliche, die ohne Eltern oder jedenfalls fern vom elterlichen Haus leben und in Hamburg arbeiten, und wir brauchen schließlich für die Erholung der wandernden Jugend Jugendherbergen, deren Netz außerhalb wie innerhalb Hamburgs wiedererstanden ist und noch der Ergänzung bedarf. Unsere Erläuterung kann sich kurz fassen, weil der Bericht der Jugendbehörde diese Probleme ausführlich schildert.

Die Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes sind zu intensivieren, die Fortschritte der Wissenschaft, neue Untersuchungs- und Heilmethoden den Kranken nutzbar zu machen. Modernisierung der Krankenanstalten.

Erweiterung und Ausgestaltung der Pflegeheime für hilfsbedürftige alte Leute.

Erläuterung:

Der Gesunde kümmert sich normalerweise nicht um die Probleme der öffentlichen Gesundheitspflege. Das tut er erst, wenn er durch eigene Krankheit oder durch die Krankheit von Familienangehörigen, Verwandter und Freunde die hier vorhandenen Probleme kennenlernt. Auch hier ist der Bericht der Gesundheitsbehörde ein vorbildlicher Leitfad. Er zeigt, was geleistet wird, er zeigt aber auch sehr deutlich, was noch geschaffen werden muß. Es ist eine Fülle von Problemen, die angepackt werden sollen, und es sind in jedem Falle große Summen, Millionenobjekte, die hier beansprucht werden. Die Aus- und Neugestaltung der Krankenanstalten besteht ja nicht nur im Aufstellen von Betten und in der Sorge für eine gute Verpflegung der Kranken. Es gehört insbesondere der wissenschaftlich-technische Apparat an Instrumenten und Geräten dazu, der ständiger Erneuerung bedarf, wenn Hamburg in der Betreuung seiner Kranken mit der Entwicklung der Untersuchungs- und Heilmethoden Schritt halten will. Krankenhäuser sind notwendigerweise für sich gesehen große Zuschußunternehmen. Aber die Zu-

schüsse müssen geleistet werden, weil sonst die Gesundheit aller darunter leidet. Der einzelne mag viel für seine Gesundheit aufwenden. Es fehlen ihm die Möglichkeiten dazu, wenn die erforderlichen technisch-wissenschaftlichen Einrichtungen am Ort nicht vorhanden sind. Also auch er ist an dieser Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens interessiert. Noch mehr aber derjenige, dem persönlich die Mittel nicht zur Verfügung stehen, der es sich nicht leisten kann, auf seine Kosten die Hilfe notfalls auswärts zu suchen. Das Programm, das sich die Gesundheitsbehörde setzt und das sich die Hamburger Sozialdemokratie aus dem Bewußtsein ihrer Verantwortung vor der Gesundheit der gesamten Bevölkerung zueigen gemacht hat, ist also auch ein soziales Problem. Wir müssen dessen Bedeutung um so stärker unterstreichen, als die Anforderungen an unsere öffentlichen Mittel wahrhaft nicht gering sind und zu leicht der Gedanke entsteht, man könne auf dem Gebiet der Gesundheitspflege sparen.

Die Erweiterung und Ausgestaltung der Pflegeheime für hilfsbedürftige alte Leute wird heute unmittelbar eine Frage der Gesundheitspflege. Denn noch sind diese Hilfsbedürftigen zu einem erheblichen Teil in Krankenhäusern untergebracht, weil der Platz in den Pflegeheimen nicht ausreicht. Man gewinnt also Platz für Kranke durch die Erweiterung der Pflegeheime. Die Pflegeheime müssen aber nicht nur räumlich erweitert, sondern auch in ihrer Verwendungsfähigkeit ausgestaltet werden. Die Dinge sind hier mitten in der Entwicklung, sie werden gerade deswegen gleichfalls erhebliche Aufwendungen erfordern.

Anmerkung:

Für die Wohnungsprobleme wird auf den Bericht der Baubehörde verwiesen. Hinsichtlich der Unterstützungssätze auf den Bericht der Sozialbehörde. Für Spielplätze betonen wir den Bericht der Jugendbehörde, für die öffentliche Gesundheitspflege weisen wir auf den Bericht der Gesundheitsbehörde hin. Die Pflegeheime sind durch die geschilderte Entwicklung zugleich eine Sorge der Gesundheitsbehörde, die die hilfsbedürftigen Leute dorthin abgeben will, wie der Sozialbehörde, der diese Einrichtungen unterstehen.

Hamburgs Kulturpolitik

Schulneubauten zur Durchführung der Schulreform und zur Herstellung friedensmäßiger Unterrichtsverhältnisse.

Ausgestaltung der Universität durch moderne Forschungseinrichtungen.

Ausbau der Akademie für Gemeinwirtschaft. Förderung der unbemittelten und minderbemittelten studierenden Jugend.

Erläuterungen:

Die ein ganzes Jahr lang geführte Debatte über die Schulreform hat, das müssen auch ihre Gegner zugeben, den großen Wert, daß dadurch die Fragen der Schule ganz anders als zuvor in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden sind. Die einen sagen, es hätten zunächst friedensmäßige Unterrichtsverhältnisse geschaffen werden sollen, ehe man daran ginge, die weiter gesteckten Ziele der Schulreform zu erreichen. Die Sozialdemokraten erklären, daß beides gleichzeitig geschehen muß. Wir können uns die Entwicklung nicht in solchen Etappen denken, daß erst das alte, einmal Erreichte wieder erreicht werden muß und daß dann die Erneuerungen beginnen. Aber wir betonen in unserem Programm, wie sehr es notwendig ist, friedensmäßige Unterrichtsverhältnisse zu schaffen. Das ist in erster

Linie eine räumliche Frage. Nur wenn ausreichende Schulräume durch Räumung der Schulen von schulfremden Verwendungszwecken (Krankenhäuser, Verwaltungseinrichtungen usw.) erfolgen, wenn die noch vorhandenen Schäden an Schulgebäuden durch Wiederaufbau restlos beseitigt werden und außerdem neue Schulgebäude dort erstehen, wo sie notwendig sind — die Neubauaktion hat gerade begonnen — erst dann lassen sich genügend Unterrichtsräume schaffen, um den mehrschichtigen Unterricht zu beseitigen und zu dem überlieferten, bewährten und gesundheitlich allein zulässigen Vormittagsunterricht überzugehen. Nur dann lassen sich schließlich auch die Schülerzahlen pro Klasse, die heute übersetzt sind, einheitlich verringern. Mit der Durchführung des neuen Schulgesetzes wird zusätzlich Raumbedarf entstehen. Die Schaffung von ausreichendem Schulraum ist also eines der dringendsten pädagogischen Probleme in Hamburg.

Bei der Universität ist die in den letzten Jahren vorhandene Überfüllung im Zurückgehen. Denn es drängen sich nicht mehr wie 1946 bis 1948 durch den Krieg mehrere Studentenjahrgänge so stark zusammen. Aber auch die Universität braucht für die Erreichung ihres alten Leistungsstandes und der Steigerung darüber hinaus Räume mehr, als sie durch die Wiederherstellung der Universität und durch neue Seminargebäude erhielt. Sie braucht vor allem moderne Einrichtungen für Forschungszwecke. Dies fängt an bei der Wiederauffüllung der Bücherbestände der Seminare und reicht bis zum modernen Forschungsgerät der Naturwissenschaftler und Mediziner. Für uns ist die Förderung der Universität nicht nur ein Teil der Sorge um die begabte Jugend, sondern zugleich auch eine Förderung der Wirtschaft, die ohne moderne Forschungseinrichtungen nicht diejenigen qualifizierten Kräfte erhalten kann, die sie zu ihrer eigenen Weiterentwicklung benötigt. Wenn diese Aufwendungen debattiert werden, müssen wir uns immer darüber klar sein, daß die Förderung der Universität auch Wirtschaftsförderung ist und auch für den wirtschaftlich Denkenden eine hohe Dringlichkeitsstufe beanspruchen kann.

Die Akademie für Gemeinwirtschaft ist eine akademische Einrichtung, die insbesondere den hochbegabten Nachwuchs aus den Kreisen der Gewerkschaften, der Konsum- und Baugenossenschaften, aber auch anderer gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen, weiterbilden soll. Sie hat ihr erstes Jahr mit 80 Studierenden hinter sich. Die Zahl ihrer Besucher wird in Zukunft steigen. Sie ist die einzige Einrichtung dieser Art in Deutschland, die Hochschulcharakter besitzt. Ihre besondere Aufgabe ist es, ihre Besucher so weit zu bringen, daß sie in gemeinwirtschaftlichen Betrieben leitende Funktionen übernehmen können. Deswegen liegt das Schwergewicht ihrer Arbeit in der Betriebswirtschaftslehre. Sie vermittelt aber zugleich ein umfassendes volkswirtschaftliches Wissen und pflegt gleichfalls für die Besucher verbindlich daneben eine juristische und soziologische Grundausbildung.

Für die Universität wie für die Akademie für Gemeinwirtschaft gilt, daß die dort studierende Jugend in der Mehrzahl der Fälle nicht mehr die eigenen Mittel oder die Mittel ihrer Eltern für ihren Lebensunterhalt in Anspruch nehmen kann. Es ist notwendig, den Umfang der Förderung, die hierfür erfolgte, nicht nur beizubehalten, sondern in Zukunft noch zu erweitern.

Förderung und Verbilligung des Theaterbesuches durch Besucherorganisationen. Einbeziehung von Theater-, Oper- und Konzertbesuchen in den Schulunterricht.

Erläuterung:

Die gegenwärtige Theaterkrise, die in ganz Deutschland besteht, hat den Gedanken entstehen lassen, daß unsere öffentlichen Kassen wegen der heute dringenderen Bedürfnisse für Wiederaufbau, Wirtschaftsförderung und Sozialausgaben die Theaterförderung einstellen sollten. Das große Interesse, das aber in den Kreisen der Arbeiterschaft wie der minderbemittelten Bevölkerung am Theaterbesuch besteht, hat einen anderen Weg angebracht erscheinen lassen, nämlich über die Besucherorganisationen durch weitere Verbilligung des Theaterbesuches diesen so zu fördern, daß er zur Überwindung der Krise beitragen kann. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß bei diesen Einrichtungen zu einem großen Teil langjährige, unabänderbare Verträge bestehen, die auch bei Schließung etwa der Oper, der Orchesterkonzerte und der Theater die Öffentlichkeit noch eine Reihe von Jahren zu laufenden Aufwendungen in Millionenhöhe verpflichten. Gerade deswegen liegt es nahe, die Aufwendungen nicht für Zahlungen zu leisten, die dann Rentencharakter hätten, sondern für den laufenden Kulturbedarf der Bevölkerung. In diesem Sinne ist jetzt auch erstmalig der Besuch von Theatervorstellungen, von Oper- und Konzertveranstaltungen in den Schulunterricht einbezogen worden. Die älteren Schüler der Volksschulen, der höheren Schulen und die Studenten der Universität besuchen diese Einrichtungen gegen eine Gebühr von wenigen Groschen (—50 DM) je Vorstellung. In allen Fällen, in denen die Aufbringung dieser Beträge Schwierigkeiten bereitet, stehen Mittel zur Verfügung, um den Schülern dennoch den Unterricht zu ermöglichen. Diese Regelung hat Hamburg 1949 erstmalig getroffen. Sie hat in anderen Städten Beachtung gefunden und den Willen zur Nachahmung geweckt. Der Hamburger Jugend stehen jährlich in Theater, Oper und Konzerten über 100 000 Plätze zur Verfügung.

Ausgestaltung der sportlichen Einrichtungen, Wiederherstellung und Ausbau der Schwimmbäder, Ausbau eines Stadions.

Erläuterung:

Die Bedürfnisse der Jugend und der sonstigen zahlreichen sportinteressierten Kreise machen es erforderlich, daß der Hamburg-Plan auch eine Befriedigung der dringenden und berechtigten sportlichen Interessen vorsieht. Für die Öffentlichkeit wird der Ausbau eines leistungsfähigen Stadions das interessanteste Vorhaben sein. Hamburg soll dadurch in die Lage versetzt werden, auch sportliche Großveranstaltungen in Konkurrenz mit anderen Städten auf seinem Boden stattfinden zu lassen. Bisher hat die natürliche Anziehungskraft Hamburgs sich auf diesem Gebiet oft nicht durchsetzen können, weil die räumlichen Voraussetzungen diesen Anforderungen für Großveranstaltungen nicht entsprachen. Die Dringlichkeit dieser Bedürfnisse erfordert auch das Verständnis nichtinteressierter Bevölkerungskreise. Bei der Wiederherstellung und dem Ausbau der Schwimmbäder handelt es sich nicht nur um sportliche, sondern zugleich auch um gesundheitspflegerische Gesichtspunkte, die Beachtung und Erfüllung heischen. Das, was auf diesem Gebiet schon geschehen ist, ist weit mehr als ein verheißungsvoller Anfang. Auch hier können wir uns mit der Wiederherstellung des vor dem Kriege Vorhandenen nicht begnügen, sondern müssen darüber hinaus einen Ausbau ernsthaft ins Auge fassen. Hinzu tritt die Pflege aller sonstigen sportlichen Einrichtungen. Die Lage wird sich zweifellos mit dem Freiwerden der noch anders verwandten Schulen und der Wiederherstellung beschädigter Schulen bessern. Ist einmal der friedens-

mäßige Zustand erreicht, so muß man sich auch auf diesem Gebiet darüber klar sein, daß auch manche unzureichenden Einrichtungen und Mängel friedensmäßig waren. Mit anderen Worten: es gilt, darüber hinaus zu gelangen.

Verwaltung und Finanzen

Weitere Rationalisierung des Verwaltungsapparats, insbesondere durch Abbau seiner kriegsbedingten Bestandteile. Volkstümliche Durchführung des Gesetzes über die bezirkliche Verwaltung.

Erläuterung:

Wir sagen bewußt „weitere Rationalisierung“, denn Hamburg kann für sich in Anspruch nehmen, daß sein Verwaltungsapparat sich nicht über den Stand von 1914 hinaus entwickelt hat. Der Umfang der Verwaltung, d. h. die Beschäftigung von Beamten, Angestellten und Arbeitern, ist nach exakt statistischen Untersuchungen nicht einmal im Ausmaß der Bevölkerungszunahme gestiegen. Seit 1914 hat sich bis Mitte 1949 der Bevölkerungsbestand der Stadt Hamburg (ohne die inzwischen abgetrennten, aber einschließlich der durch die Eingemeindung hinzugekommenen Stadtteile) um 53 Prozent erhöht. Die Zahl der öffentlich Bediensteten beträgt aber nicht 153 Prozent des damaligen Standes, sondern nur 143 Prozent. Mit anderen Worten: die Zunahme ist um einiges, aber doch deutlich hinter der Bevölkerungszunahme zurückgeblieben, obwohl inzwischen wichtige neue Verwaltungsaufgaben hinzugekommen sind. Einmal die kriegsbedingten Bestandteile, die natürlich abgebaut werden sollen, sobald dies möglich ist, aber auch neue Daueraufgaben wie der Ausbau unserer Sozial-, Gesundheits- und Jugendfürsorge, deren personeller Bestand um mehrere tausend Köpfe größer ist als vor 35 Jahren.

In Deutschland liegen keine Untersuchungen vor, die ein Urteil darüber gestatten, ob und wieweit die Verhältnisse in anderen Ländern und Städten sich gleichartig bzw. ungünstiger entwickelt haben. Die Vergleichbarkeit ist trotz vielen Hin und Hers, insbesondere durch die Ausgliederung der Arbeitnehmer der öffentlichen Werke aus dem öffentlichen Dienst, in Hamburg einwandfrei zu belegen. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht schon der Zustand vor dem ersten Weltkrieg in der einen oder anderen Form rationalisierungsbedürftig war. Im allgemeinen nimmt man aber, wenn man von der Inflation des Verwaltungsapparates spricht, gerade eine übermäßige Entwicklung seit 1914 an. Es ist erfreulich, daß wir für Hamburg die gegenteilige Entwicklung nachweisen können.

Das von der Bürgerschaft im September verabschiedete Gesetz über die bezirkliche Verwaltung stellt unsere Behördenorganisationen vor wichtige neue Aufgaben. Es gilt, dafür zu sorgen, daß trotz der Riesengröße der 1 $\frac{1}{2}$ -Millionen-Stadt die Bevölkerung in den sieben Bezirken persönlicher als bislang an der Verwaltung teilnehmen kann. Mit anderen Worten: die notwendigerweise unpersönlichere Form der Millionenstadtverwaltung wird so gestaltet, wie es sonst nur in mittleren Gemeinden gegenüber der Bevölkerung möglich ist. Die Verwirklichung des Plans wird aber nicht nur eine Aufgabe sein, die an unsere Bürokratie herantritt, sondern ebenso sehr und noch mehr eine Angelegenheit des Willens der Bevölkerung teilzunehmen. Die Voraussetzungen dafür sind jetzt gesetzlich geschaffen und werden demnächst praktisch entstehen. Alles hängt davon ab, daß Hamburgs Männer und Frauen diese Chance demokratischer Mitwirkung für sich nutzen wollen. Geschieht dies auf richtige Weise, so werden wir nicht nur zu

einer Entbürokratisierung gelangen, sondern auch zu einer gewisser Verkleinerung des besoldeten Verwaltungsapparates.

Neuregelung der Eigentumsverhältnisse bei der Hamburger Hochbahn AG. und den Hamburgischen Electricitätswerken AG., die durch die Währungsreform und das verzögerte Erscheinen des zentralen Gesetzes über die D-Mark-Umstellungsbilanz bislang ausbleiben mußte. Zusammenfassung der finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte der Hamburger öffentlichen Unternehmen.

Erläuterung:

Schon 1946 hatte die Hamburger Sozialdemokratie den Übergang des Eigentums an der Hochbahn AG. und den Hamburgischen Electricitätswerken AG auf Hamburg selbst gefordert. In der derzeitigen ernannten Bürgerschaft haben sich auch die anderen Parteien 1946 grundsätzlich damit einverstanden erklärt. Offen und strittig war nur die Frage, wie die bisherigen Eigentümer entschädigt werden sollen. In der Debatte ist deutlich zu wiederholen, daß beide Unternehmen sich mit der Mehrheit der Aktien bereits im Besitz Hamburgs befinden, und zwar die Hochbahn zu etwa $\frac{2}{3}$, die Elektrizitätswerke sogar zu $\frac{3}{4}$. Aber noch immer ist in den Aufsichtsräten und damit in der Arbeitsweise der Unternehmen der private Einfluß vertreten und wirksam. Besonders störend erscheint der Anspruch der Hochbahn AG. auf eine garantierte Mindestdividende von 5 Prozent. Durch die Garantie haben die Aktionäre jedes Risiko verloren und sind zu Rentnern des Unternehmens geworden. Mit anderen Worten: die Hochbahnaktie hat den Charakter einer fest verzinslichen Schuldverschreibung gewonnen, mit der, im Gegensatz zu allen sonstigen Schuldverschreibungen, ein Stimmrecht verbunden ist. Der stimmberechtigte Aktionär muß aber nicht nur nach sozialistischer, sondern ebenso nach liberaler Auffassung auch Träger des Risikos sein.

Es gilt jetzt, den vorliegenden Mißstand zu beseitigen und bei beiden Unternehmen die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß allein öffentliche Gesichtspunkte die Entwicklungslinie der Werke bestimmen. Dabei sollen die Aktionäre in angemessener Weise entschädigt werden, ohne daß aber eine Entschädigung nach spekulativ bestimmten Börsenkursen in Betracht kommt. Die manchmal in der Debatte auftauchende Idee einer entschädigungslosen Enteignung war weder unter der Herrschaft der Militärregierung möglich, noch konnte sie früher nach der Weimarer Verfassung geschehen, ebenso wie das Bonner Grundgesetz eine solche Maßnahme ausschließt. Diese Frage hat auch ernsthaft nie zur Debatte gestanden. Es wird in Zukunft darauf ankommen, die Entschädigung nicht einseitig nach privaten Vermögensinteressen zu bestimmen, sondern ebenso sehr die schwierige Lage beider Werke und die öffentlichen Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Unabhängig von der Neuregelung der Eigentumsverhältnisse wünscht die Hamburger Sozialdemokratie eine rationelle Zusammenfassung der finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte unserer öffentlichen Unternehmen. Es erscheint wenig sinnvoll, wenn das eine Unternehmen zuschußbedürftig ist, während das andere Überschüsse erzeugt, die einer hohen Körperschaftssteuerbelastung von 50 Prozent unterliegen. Wir denken hier an eine solche Neuorganisation, daß die Leitung der Unternehmen nach wie vor selbständig bleibt, ohne daß untereinander Konkurrenzsituationen herbeigeführt und gesteigert werden können, wie das bei dem traditionellen Gegensatz Gas und Strom der Fall gewesen ist und sich jetzt schon wieder zu entwickeln scheint. Die finanziellen Kräfte sollen so eingesetzt werden, daß sie den

öffentlichen Unternehmen insgesamt zugute kommen, so daß dadurch jede Mehrbelastung der öffentlichen Kassen ausgeschlossen wird und deren Entlastung das Ziel bildet.

Bereitstellung ausreichender Mittel für die großen Investitionen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, die für die Arbeitsbeschaffung größte Bedeutung haben — Betonung der produktiven Aufgaben unseres Haushaltswesens. Erschließung neuer Finanzierungsquellen für den Wohnungsbau; dabei sind die Interessen der wirtschaftlich Schwachen besonders zu berücksichtigen.

Erläuterung:

Unser öffentliches Haushaltswesen befindet sich in den meisten Orten in einem Zustand der Erstarrung. Diese Entwicklung läuft schon seit Jahrzehnten. Früher waren die notwendigen persönlichen und sachlichen Aufwendungen des Verwaltungsapparates das Dringliche. Seit 1919 sind überall erhebliche Summen für soziale Zwecke hinzugekommen, die weit über den vorher gegebenen Umfang hinausgingen. Neben diesen konsumtiven Funktionen des öffentlichen Haushalts haben die produktiven meist eine kümmerliche Rolle gespielt. Kaum ein Finanzminister und kaum ein Kämmerer haben in der produktiven Seite des Haushalts seine eigentliche Leistung gesehen. Das soll und muß aber nach sozialdemokratischer Auffassung geschehen. Praktisch bedeutet das: die Aufwendungen für Straßenbau, Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, also für alle Investitionsausgaben, stehen gleichrangig neben den laufenden konsumtiven Aufwendungen. Hamburg hat diese moderne Linie mit vollem Bewußtsein verfolgt. Im Hamburger Haushalt sind die produktiven Ausgaben, die allein seit der Währungsreform sich auf 612 Millionen DM belaufen, weitaus größer als in deutschen Ländern und Gemeinden sonst. Das stellt in unseren Augen eine große politische Leistung dar, aber sie hat keinen willkürlichen Charakter. Ihre Notwendigkeit ist vielmehr in der besonderen wirtschaftlichen Struktur Hamburgs gegeben. Denn in Hamburg ist der Kreis der großen wirtschaftlichen Unternehmen, die in erheblichem Umfange Investitionen vornehmen, vergleichsweise kleiner als anderswo. Hamburg würde also mit seinen Investitionen weit hinter anderen Ländern zurückbleiben, wenn nicht die großen öffentlichen Aufgaben die Lücke ausfüllten. Das ist einmal die Finanzierung des Hafens mit seinen laufenden Anforderungen, nicht nur für die Instandhaltung, sondern auch die Ausgestaltung — jetzt nach dem Kriege also für seinen Wiederaufbau.

Ebenso gehört hierher die Wirtschaftsförderung. Auf den bereits erwähnten 10-Millionen-Kredit für den Schiffbau sei erneut hingewiesen. Es wäre verkehrt, die öffentlichen Investitionen nur als solche für den Wohnungsbau anzusehen. Die Gesamtsumme umfaßt neben 0,2 Milliarden DM Wohnungsbaumittel rd. 0,4 Milliarden DM sonstige Investitionsaufwendungen. Hamburg und die für die Investitionspolitik besonders verantwortliche Sozialdemokratie sieht hierin nicht nur eine sozialpolitische Aufgabe, sondern eine allgemeine wirtschafts- und kulturpolitische. Dies kommt ebenso sehr der Arbeitnehmerschaft wie den Unternehmern zugute, also der Gesamtheit der Bevölkerung.

Ausdrücklich nennt der Hamburg-Plan die Erschließung neuer Finanzierungsquellen für den Wohnungsbau. Das kann nur im Rahmen der Maßnahmen geschehen, die die Bundesregierung jetzt einleitet. Es besteht die Gefahr, daß solche Pläne Wirklichkeit werden, die sich als eine Belastung der wirtschaftlich Schwachen auswirken. Die Hamburger Sozialdemokratie,

die in anderen Punkten des Hamburg-Planes die Hebung des Reallohnes durch Lohn- und Preispolitik wie durch Mietpolitik zu wichtigen Aufgaben erklärte, ist aber gewillt, die im einzelnen noch nicht festgelegte Finanzierung so zu behandeln, daß die Linie des Reallohnes nicht verlassen wird.

Hamburg in Zahlen

Die Hamburger Staatsfinanzen

1,2 Milliarden DM Steuern

Vier Fünftel der Gesamteinnahmen, das sind 1,2 Milliarden DM, fließen aus Steuern. Das restliche Fünftel der Einnahmen, das sind 280 Millionen DM, ergibt sich aus sonstigen Einnahmen, wie Pflegekosten der Krankenhäuser, Schulgelder, Mieten, Gebühren, Strafen sowie aus Darlehen für den Wohnungsbau, die in Höhe von 30 Millionen DM aufgenommen werden sollen.

Die Schätzung der mutmaßlichen Steuereinnahmen richtet sich nach dem gegenwärtigen Aufkommen. Danach entfällt auf den Kopf der Bevölkerung voraussichtlich eine jährliche Steuerlast von 756 DM gegenüber 1000 RM 1947. Diese Verbesserung für die Steuerzahler gegenüber 1947 ist eine Auswirkung der beiden Gesetze zur Neuordnung von Steuern von 1948 und von 1949. Durch diese Gesetze wurden die 1946 vom Kontrollrat festgelegten hohen Steuersätze aufgelockert, doch befriedigen diese Erleichterungen noch keineswegs. Vor 1933 war die Steuerlast je Kopf der Bevölkerung nur halb so hoch wie heute. Sie betrug:

1925 pro Kopf	RM	300,—
1933 „ „	RM	400,—
1949 „ „	DM	756,—

Besatzungskosten und „Auftragsverwaltungen“

Über 330 Millionen DM von den Gesamteinnahmen in Höhe von 1½ Milliarden entscheidet vorerst nicht das Land Hamburg, sondern die Militärregierung. Davon sind 280 Millionen Besatzungskosten.

Die Besatzungskosten in Hamburg überschreiten unseren gesamten Sozialhaushalt, der die Ausgaben der Arbeitsbehörde, Sozialbehörde, Jugendbehörde und Gesundheitsbehörde umfaßt, um 35 Millionen DM.

50 Millionen entfallen auf die sogenannten Auftragsverwaltungen, über deren Haushalt sich die Militärregierung die Entscheidung vorbehalten hat. Es handelt sich hierbei u. a. um die Verwaltungen des Oberfinanzpräsidenten und des Zentraljustizamtes, das eine Zonenbehörde ist und deren Kosten Hamburg tragen muß, da diese Behörde ihren Sitz in unserem Lande hat.

410 Millionen DM „unbeeinflussbar“

Neben den 330 Millionen DM, über die die Besatzungsmacht entscheidet, sind weitere 80 Millionen DM für die Arbeitsämter und für Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung reichsgesetzlich festgelegt. Es können also 410 Millionen DM des Hamburger Haushalts durch Senat und Bürgerschaft kaum beeinflußt werden.

Danach bleibt ein eigentlicher hamburgischer Landeshaushalt von etwa 1 Milliarde. Auch diese Ausgaben sind überwiegend zwangsläufig und nur zum geringen Teil beeinflussbar. Das gilt hauptsächlich für den großen Komplex der Sozialausgaben in Höhe von 245 Millionen DM. Auch der Schulhaushalt mit 105 Millionen DM ist zwangsläufig. Aus diesen Mitteln werden durch 6500 Lehrkräfte 240 000 Schüler betreut.

Bis zur Währungsreform sind für die Trümmerbeseitigung 111 Millionen RM ausgegeben worden, nach der Währungsreform bereits weitere 20 Millionen DM. Das sind insgesamt 131 Millionen. Die Gesamtaufwendungen für die Beseitigung aller Trümmer in Hamburg werden auf 350 Millionen geschätzt.

57 000 Staatsbedienstete — die „Bürokratie“

Die persönlichen Ausgaben des Hamburger Staats betragen jährlich 267 Millionen für Gehälter und Löhne und 68 Millionen für Versorgungsbezüge. Damit werden 57 000 aktive Staatsbedienstete und 23 000 Versorgungsempfänger bezahlt. Ihre Bezahlung macht mit 32 Prozent den Hauptanteil der Ausgaben des eigentlichen Landeshaushaltes aus. Davon entfallen 25,5 Prozent auf Dienstbezüge und 6,5 Prozent auf Versorgungsbezüge.

Liest die Bevölkerung von 57 000 Staatsbediensteten, so glaubt sie in den meisten Fällen: Das also ist „die Staatsbürokratie!“. Diese Meinung ist falsch! Denn nur ein relativ kleiner Bruchteil der Staatsbediensteten sitzt am Schreibtisch oder hinter einem Schalter. Die Mehrzahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter sind Lehrer, Richter, Polizeibeamte, Ärzte, Pflegepersonal, Hafendarbeiter, Gärtner oder sonstige Arbeiter.

Lasten des Finanzausgleichs und Kriegsfolgelasten

Der für 1949 vom Wirtschaftsrat beschlossene Finanzausgleich bringt Hamburg schwere zusätzliche Belastungen. Dieser Finanzausgleich sieht Zuschüsse an Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern in einer Höhe von insgesamt 500 Millionen DM vor.

Hamburg würde damit 540 Millionen an Steuern dem Bund abgeben müssen, dagegen nur um 378 Millionen Kriegsfolgeausgaben entlastet werden.

Wirtschaft und Verkehr in Hamburg

Hamburgs Industriekapazität belief sich nach der Kapitulation immer noch auf 75 Prozent des Standes von 1938. Allerdings waren einige Industriegruppen durch Kriegsschäden besonders schwer betroffen, so der Schiffbau, der nur noch über 38 Prozent verfügte, die Mineralölindustrie über 21 Prozent, der Maschinenbau über eine Kapazität von 65 Prozent, die Chemie dagegen weist 75 Prozent auf, die Feinmechanik und Optik 174 Prozent des Friedensstandes. Davon waren im Jahre 1946 im Durchschnitt allerdings nur $\frac{2}{5}$ ausgenutzt.

Auf dem Gebiete des Verkehrs ergaben sich folgende erhaltene Kapazitäten:

Küstenschiffahrt	20 Prozent
Binnenschiffahrt	40 Prozent
städtisches Verkehrsmittel	70—90 Prozent

Ausgenutzt wurden diese vorhandenen Kapazitäten in der Küstenschiffahrt zu 50 Prozent, ebenso in der Binnenschiffahrt, sowie die städtischen Verkehrsmittel mit einer Überausnutzung ihrer Kapazität in einer Höhe bis zu zeitweilig 250 Prozent.

Zerstörungen im Hafen

Bei Kriegsende waren im Hamburger Hafen nur noch benutzbar:

von 753 000 qm Schuppenfläche	88 200 qm	= 11,7 ‰
von 831 000 qm Speicherfläche	236 000 qm	= 28,4 ‰
von 74 000 lfdm Kaimauern	64 200 lfdm	= 86,7 ‰
von 450 km Hafenhangleisen	145 km	= 32,2 ‰
von 945 Stück Kränen	202 Stück	= 21,4 ‰
von 66 Stück Landungsanlagen	30 Stück	= 45,4 ‰
von 88 Stück Leuchtuern	36 Stück	= 40,9 ‰
von 165 Stück Brücken	95 Stück	= 57,6 ‰

Durch einen glücklichen Zufall waren die modernsten und wertvollsten Umschlaganlagen für tiefgehende Schiffe der Kaischuppen 80—85 auf dem Roß verhältnismäßig wenig beschädigt. Das gleiche gilt für den leichtbeschädigten Kaischuppen 29 am Petersenkai. Hier wurde mit dem Wiederaufbau begonnen.

Wiederaufbauprogramm im Hafen

Der erste Abschnitt der Sofortmaßnahmen erstreckte sich bis ins Frühjahr 1946. Danach wurde die Zusammenarbeit mit dem Port Controller der Militärregierung ein erstes Wiederaufbauprogramm für den Strom- und Hafenbau ausgearbeitet. Ziel dieses Wiederaufbauprogramms war, in etwa vier Jahren den Hamburger Hafen auf eine Umschlagkapazität von 70 Prozent des Jahres 1936 zu bringen. Für diesen Vierjahresplan gelten folgende Grundsätze:

1. den Grundstock des Wiederaufbaues bilden die unzerstört gebliebenen Hafenteile;
2. die Wiederherstellung der beschädigten Anlagen muß neuzeitlichen Verkehrsanforderungen und Schiffsgrößen gewachsen sein;
3. die verfügbaren Arbeitskräfte und Baustoffe müssen an Schwerpunkten konzentriert werden, um in rationeller Ausnutzung der verfügbaren Mittel möglichst große Erfolge zu erzielen;
4. die Wiederaufbauplanung muß den Strukturänderungen in Seeschifffahrt und Überseehandel gerecht werden, da an Stelle des früheren Segelfrachtschiffes im Weltverkehr von 4000—7000 BRT bei 5—7 m Tiefgang größere Schiffe mit 9000 BRT bei 8—8,5 m Tiefgang getreten sind, mit einer weiteren Schiffsgröße und Tiefgängen ist zu rechnen.
5. der Wiederaufbauplan muß auf den Generalplan für den künftigen Ausbau des Hafengebietes abgestimmt sein.

Wiederaufbauleistungen im Hafen

Nun konzentrierte sich die Bautätigkeit im Hafen an drei Stellen:

- a) im Roßgebiet am Oder- und Roßhafen mit den Schuppen 80—85;
- b) im Kuhwerdergebiet, am Kaiser-Wilhelm- und Ellerholzhafen mit den Schuppen 71—77;
- c) im Gebiet des Altonaer Fischereihafens.

Besonders schwer beschädigte Hafenteile sind zunächst bewußt von der Wiederaufbauarbeit ausgeschlossen worden.

Nach der Währungsreform war es wesentlich leichter, Arbeitskräfte zu beschaffen. Am 1. 10. 1948 waren 1906 Arbeiter im eigenen Betrieb des Strom- und Hafenbaues beschäftigt, dazu im November 1948 rund 3000 Arbeitskräfte des privaten Baugewerbes.

Das dem Amt für Hafen und Schifffahrt angeschlossene Oberhafenamt hatte auf Grund schon vorher angelegter Wrackpläne und Wrackverzeichnisse die Wrackbeseitigung eingeleitet. Bis Dezember 1945 waren bereits 1767 Hindernisse dieser Art geräumt. Vom 1. Januar 1946 bis 31. April 1949 wurden weitere 950 Wracks gehoben, darunter 36 Seeschiffe, 21 Kriegsfahrzeuge, 581 Schuten, 79 Flußfahrzeuge, 20 Spezialfahrzeuge, 120 Pontons, acht Schwimmdocks.

An Kaischuppen und Kaispeichern hatten den Krieg nur 11,7 Prozent des Bestandes von 1938 überstanden. Diese Schuppenfläche ist bis zum 1. 4. 1949 wieder auf 40 Prozent des Vorkriegsstandes gebracht worden. Der vorhandene Speicherraum konnte von 28,4 Prozent durch Wiederaufbauleistungen auf 33,8 Prozent vermehrt werden.

Von 74 000 lfdm Kaimauern von 1938 waren 64 200 unbeschädigt geblieben, das sind 86,7 Prozent; heute sind wieder vorhanden 65 087, das sind 87,9 Prozent von 1938. Die wichtigsten Wiederherstellungsarbeiten konzentrieren sich auf den Amsinckkai, Petersenkai, Kronprinzenkai, Roßkai, das Roßhöft, den Chilekai, den Neuhoferkai und den Kirchenpauerkai.

Von 66 schwimmenden Landungsanlagen blieben nur 30 unbeschädigt, 26 sind bis zum 1. 4. 1949 wiederhergestellt, das sind insgesamt 56 oder 84,8 Prozent von 1938.

Liegeplätze für Seeschiffe an Pfählen waren 1938 36 000 lfdm vorhanden. Nur 11 000 lfdm oder 30,6 Prozent blieben unbeschädigt. Wiederhergestellt wurden 8200 lfdm, so daß wieder 19 200 lfdm verfügbar sind oder 53,3 Prozent von 1938. Die verfügbaren Hafenanlagen wurden von 32,2 Prozent des Vorkriegsstandes bis 1. 4. 1949 zu 88 Prozent wieder in Betrieb genommen. 19 Eisenbahnbrücken sind wiederhergestellt worden, daneben 15 Straßenbrücken. Hervorzuheben ist die Wiederherstellung der schwerbeschädigten Rethhubrücke und die Lotsedrehbrücke in Harburg sowie die Wiederherstellung der östlichen Kammer der Reiherstiegsperrschleuse, der neuen Schleuse in Harburg, der südlichen Kammer der Ellerholzschleuse, der Grevenhofschleuse und der nördlichen Kammer der Rugenbergerschleuse.

An Leuchtfeuern wurden wieder in Betrieb genommen 28, so daß am 1. 4. 1949 46 oder 72,7 Prozent des Vorkriegsstandes vorhanden sind.

Sehr schwere Schäden hatten die mechanischen und elektrischen Anlagen dezimiert. Von 955 Kränen an Land waren 207 oder 21,7 Prozent erhalten geblieben. Durch die Wiederherstellung von 302 Kränen konnten insgesamt wieder 509 Kräne oder 53,3 Prozent des Vorkriegsstandes für den Hafenbetrieb verfügbar gemacht werden.

Heutige Kapazität

Durch alle diese Maßnahmen ist die Kapazität des Hamburger Hafens im Vergleich zu 1936 wieder zu folgender Leistungsmöglichkeit gebracht worden:

für Stückgut zu etwa	40 %
für Massengut zu etwa	80 %
für Getreide zu etwa	50—60 %
für den Stromumschlag zu etwa	60—70 %

Verkehrsleistungen

Die Verkehrszahlen des Hamburger Hafens bis April 1949 sind die folgenden:

	Schiffszahl	NRT	Gütermenge
1945	1 445	1 694 377	1 219 451
1946	6 675	4 755 650	4 188 456
1947	11 357	7 070 830	5 994 025
1948	18 293	11 639 898	7 932 429
1949 (4 Monate)	6 709	5 279 028	3 132 291

Fischerei

Hamburgs Fischdampferflotte, die vor dem Kriege 75 Einheiten umfaßte, war durch Kriegseinwirkung auf 24 seetüchtige Dampfer zusammengeschmolzen. Bis zum 1. Januar 1949 erfolgte ein Zuwachs um 23 auf insgesamt 47 Schiffe, darunter sieben Neubauten. Da die Mehrzahl der Schiffe überaltert und klein ist, genügt sie den Rentabilitätsanforderungen nicht.

Günstiger verläuft die Entwicklung der Kutterflotte. Vor dem Kriege waren in Hamburg 74 Hochseemotorkutter beheimatet. Nach der Kapitulation waren nur noch 3 bis 4 verfügbar. Es glückte, 42 von der Marine beschlagnahmte Kutter wiederzubekommen. Ein Kutterneubauprogramm brachte der hamburgischen Flotte einen Zuwachs von 30 Einheiten. 40 Kriegsfischkutter wurden von der britischen und amerikanischen Militärregierung an Hamburger Fischer verchartert. Hinzu kamen noch 6 Umbauten, so daß sich die Hamburger Kutterflotte heute auf 120 Einheiten verstärkt hat. Umfang und Fangkapazität sind ausreichend.

Die Hafen- und Lagerhaus-AG.

An den Schuppen der HHLA wurden abgefertigt:

im Jahre 1945	325 Schiffe mit rund 1,0 Mill. N'cbm
„ „ 1946	632 „ „ „ 1,8 „ „
„ „ 1947	795 „ „ „ 2,3 „ „
„ „ 1948	1612 „ „ „ 4,9 „ „
„ 1. Viertelj. 1949	515 „ „ „ 2,0 „ „

Die Aufstellung umfaßt Seeschiffe mit Stückgütern, die für den Hamburger Verkehr stets die tragende Rolle gespielt haben. Die umgeschlagenen Gütermengen in den HHLA-Anlagen betragen:

1945	300 000 to
1946	700 000 to
1947	800 000 to
1948	1 100 000 to
1. Viertelj. 1949	380 000 to

Die HHLA verfügte 1938 über 519 000 qm Lagerraum und 694 000 qm überdachte Kaischuppenfläche

Es waren vorhanden:

1945	214 000 qm Lagerraum und 88 000 qm überdachte Kaischuppenfläche
1946	219 000 qm Lagerraum und 235 000 qm überdachte Kaischuppenfläche
1947	240 000 qm Lagerraum und 235 000 qm überdachte Kaischuppenfläche
1948	240 000 qm Lagerraum und 260 000 qm überdachte Kaischuppenfläche
1949	210 000 qm Lagerraum und 289 000 qm überdachte Kaischuppenfläche

Verkehr in der Stadt

Anfang 1946 waren 14 000 Kraftfahrzeuge in Hamburg zugelassen, am 1. April 1949 befanden sich bereits 40 000 Kraftfahrzeuge im Verkehr. Die Zahl der Lastkraftwagen hat mit 17 000 bereits den Friedensstand von 1933 erreicht.

Für Reparaturzwecke des Kraftfahrzeugbestandes waren Ende 1945 in Hamburg 73 Werksstätten mit 2772 Beschäftigten eingesetzt, Ende 1948 waren es 575 Werkstätten mit insgesamt 8624 Beschäftigten.

Hochbahn

Die Gesamtbeförderungsleistung der Hamburger Hochbahn entwickelte sich wie folgt:

1945 beförderte Personen	261 Millionen
1948 beförderte Personen	451 Millionen

Auch die geleisteten Wagenkilometer der einzelnen Betriebsteile stiegen im gleichen Zeitraum stark an.

Straßenbahn	von 25 Millionen auf 39 Millionen
U-Bahn	von 9 Millionen auf 17 Millionen
Omnibus	von 0,8 Millionen auf 2,4 Millionen

Die Alsterdampfschiffahrt legte im Jahre 1948 300 000 Schiffskilometer zurück. Vom 1. Januar 1946 bis zum 30. April 1949 stieg das Personal der Hamburger Hochbahn von 7122 auf 9711.

Im Frühjahr 1950 soll der gesamte Hochbahnring wieder befahren werden. Für den Straßenbahnverkehr sollen 50 vierachsige Trieb- und Anhängerwagen modernster Art in Auftrag gegeben werden.

Die Wiederinbetriebnahme von Straßen-, Hoch- und U-Bahnstrecken, von denen die schwierigsten zur Hochbahn ressortierten, machte hohe Aufwendungen erforderlich. 1948—1949 wurden die Strecke Berliner Tor und Bahnhöfe Christuskirche und Habichtstraße, in den letzten Monaten die Fortsetzungen zum Lübecker Tor, zur Uhlandstraße und zur Mundsburg der Hochbahn dem Verkehr übergeben. 1948 begann der Bau der Straßenbahnlinie nach Bramfeld, die 1949 gleichfalls dem Verkehr übergeben werden konnte.

Auch den Wohnungsbau suchte die Hochbahn zu fördern. Sie besaß Dezember 1945 280 betriebseigene Wohnungen und 54 Einzelwohnräume, bis zum 1. Mai 1949 sind 620 betriebseigene Wohnungen und 75 Einzelräume von Belegschaftsangehörigen bezogen worden. 222 Wohnungen befinden sich im Bau. Weitere 300 Wohnungen sind geplant.

Fremdenverkehr

Großen Schwierigkeiten war der Hamburger Fremdenverkehr ausgesetzt. Von 6053 Betten, über die das Beherbergungsgewerbe in Hamburg im Jahre 1939 verfügte, waren nur 2186 nachgeblieben, da viele Hotels den Bomben zum Opfer gefallen waren und die erhalten gebliebenen größeren Hotels von der Militärregierung beschlagnahmt worden waren. Eine Entlastung wurde dadurch erwirkt, daß ein Teil der Beschlagnahmungen aufgehoben und durch Hotelschiffe (St. Louis, Seute Deern, Daressalam) 300 Betten zusätzlich in Betrieb genommen werden konnten.

Hamburgs Gartenbau

Umso größer ist dagegen die Bedeutung des Obst- und Gemüseanbaus in den Marschgebieten beiderseits der Elbe. Der Gartenbau ist hochkultiviert. Er verfügt über erhebliche Glasflächen, von denen 44 915 qm heizbar sind, darunter Rhabarber-Treibereien von 760 915 qm. Der Hamburger Gartenbau verfügt ferner über Kaltglasflächen von 853 066 qm.

Diese Bemühungen werden fortgesetzt. In den Vier- und Marschlanden gelang es, 30 Siedlungsstellen von durchschnittlich 1¼ ha auszulegen. Auf diesen Siedlerstellen werden zum Teil bereits gute Marktleistungen erzielt.

Waldungen

Die hamburgischen Forsten haben einen Umfang von 2500 ha, von denen 1950 ha innerhalb der hamburgischen Landesgrenze liegen. Diese Forsten



sind keine Holznutzungs- oder Erwerbsanlagen. Sie sind in erster Linie Erholungswald für die Stadtbevölkerung.

Die Einschläge in der Zeit von 1945 bis 1947 betragen über das Achtfache des Zuwachses. Der gegenwärtige Waldbestand Hamburgs wird auf 372 000 Festmeter geschätzt. Ein Drittel des hamburgischen Holzvorrates ist also der Notzeit zum Opfer gefallen. Die Behörde für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat daher alle weiteren Einschläge untersagt. Auch Umlagen können aus dem verbliebenen Holzvorrat vorerst nicht mehr erfüllt werden.

Wohnungsbau

Man begann unmittelbar nach der Kapitulation zunächst mit der Instandsetzung leichtbeschädigter Wohnungen, da auf diese Weise am raschesten Wohnraum verfügbar gemacht werden konnte. Bis März 1947 konnten auf diesem Wege 35 000 Wohnungen wieder bezogen werden. Von April 1947 bis März 1948 erhöhte sich diese Zahl um 4450 auf insgesamt rund 40 000. An neuen Wohnungen wurden erstellt:

bis März 1947 (23 Monate)	2500 Wohnungen
bis März 1948 (12 Monate)	5280 Wohnungen
bis März 1949 (12 Monate)	8612 Wohnungen
bis Juli 1949 (4 Monate)	4259 Wohnungen

insgesamt: 20 651 Wohnungen

Der letzte Bauabschnitt umfaßt lediglich vier Monate, allerdings Monate mit ungewöhnlicher Leistung.

Im Monatsdurchschnitt ergibt sich für die obigen Berichtsabschnitte folgende interessante Entwicklung:

bis März 1947	104 Wohnungen monatlich
April 1947 bis März 1948	440 Wohnungen monatlich
April 1948 bis März 1949	718 Wohnungen monatlich
April 1949 bis Juli 1949	1061 Wohnungen monatlich

Winterfestmachung

Eine wesentliche soziale Leistung bedeutete die Winterfestmachung von Behelfswohnungen. Bis März 1947 wurden hier 6700 gezählt, bis März 1948 wurden 2800 weitere Behelfswohnungen winterfest gemacht, insgesamt 9500.

Zahl der Wohnungen

Die Entwicklung der Zahl benutzter Wohnungen ist die folgende:

März 1947	288 296
März 1948	293 416
März 1949	301 645

Die Anzahl der Wohnräume stieg in der gleichen Zeit von 754 402 auf 783 515. Die Hamburger Bevölkerung nahm von März 1947 bis März 1949 von 1 423 027 auf 1 518 915 zu.

Arbeitslosigkeit im Baugewerbe

In Hamburg betrug die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe im März 1949 3,5 %, im Juni 3,6 %, während sie in der Bizone mit 12,3 % bzw. 15,9 % fast

um das Drei- oder Vierfache höher lag. Die größte Arbeitslosigkeit im Baugewerbe betrug in Schleswig-Holstein und Bayern in den gleichen Berichtszeiten 34 % und 27 %.

Andere Leistungen der Baubehörde

Straßen

Von insgesamt 3890 Bombentrümmern in den Straßen mußte der größte Teil, nämlich 2660 bis März 1949 beseitigt werden. Straßenausbesserungen waren in einer Gesamtlänge von 1262 km erforderlich.

Brücken

31 Straßenbrücken verbesserten die Verkehrsverbindungen innerhalb der Stadt, von denen die größte Zahl, nämlich 12, von April 1948 bis März 1949, in Betrieb genommen werden konnte.

Siele

Ungeheuer waren auch die Sielschäden, von denen so rasch wie möglich, d. h. bis März 1947 855 behoben wurden. Ihre Zahl konnte bis Juli 1949 auf 1315 gesteigert werden. Ab 1948 wurden auch in großem Umfang neue Sielanlagen durchgeführt, deren Gesamtlänge 10,3 km beträgt.

Straßenbeleuchtung

Bis März 1947 waren 1800 Laternen an den wichtigsten Straßen- und Verkehrsknotenpunkten wiederhergestellt. In den beiden darauffolgenden Jahren je weitere 9000. Bis zum Juli 1949 brannten in Hamburg 22 000 Straßenlaternen, was nicht selten zu kritischen Bemerkungen seitens der Besatzungsmächte und der ausländischen Presse führte.

Trümmerbeseitigung

Die Trümmerbeseitigung in Hamburg ist von vornherein mit modernsten technischen Ausrüstungen in Angriff genommen worden. Hierbei wurde die Trümmerbeseitigung weitgehend mechanisiert. Die in Hamburg als Erbe des Dritten Reiches übernommene Gesamttrümmermenge beträgt rund 43 Millionen cbm, davon konnten bis Juli 1949 18,7 % geräumt werden. Hierbei wurden zunächst die Ruinen in der Innenstadt abgetragen, die schon nach relativ kurzer Zeit einen aufgeräumten und geordneten Eindruck machte. Bis März 1947 waren 2,37 Millionen cbm, bis März 1948 weitere 2,0 Millionen cbm, bis März 1949 weitere 1,94 Millionen cbm Trümmer beseitigt worden. In den vier Monaten, von April bis Juli 1949, wurde mit 1,7 Millionen cbm fast bereits das Vorjahresgesamtergebnis erzielt, so daß insgesamt seit der Kapitulation bis Juli 1949 8 Millionen cbm Schutt und Trümmer aus dem Wege geschafft werden konnten. Das ist ein Trümmergebirge. Aus diesem Bergungsgut wurden 326 Millionen Backsteine zurückgewonnen, davon die Hälfte bis 1947, da infolge der damals geringen Leistung der Baustoffproduktion die Mehrzahl der ersten Hausreparaturen und Selbsthilfebauten mit Hilfe von geborgenen Steinen durchgeführt werden mußten. Aus den Trümmern wurden ferner 210 000 cbm Splitt gewonnen. Bei der Trümmer-

beseitigung wurden ebenso wie im Hafen viele Hunderte von Bomben- und Minenblindgängern und viele Tausende von Brandbomben, Granaten und Flakgeschossen geborgen.

Stadtreinigung

Die zur Verfügung stehenden Fahrzeuge waren heruntergewirtschaftet und stark dezimiert, das Gerät, wenn überhaupt vorhanden, zerschissen und defekt, ohne daß vor der Währungsreform wesentliche Ergänzungen und Aufbesserungen vorgenommen werden konnten. Umso beachtlicher sind die jährlichen Durchschnittsleistungen der Stadtreinigung, durch die 90 000 bis 100 000 cbm Kehrrichtmengen, 5000 cbm Kaiunrat und Marktabfall abgefahren, 10 000 cbm grobe Fäkalien beseitigt und bei einem Schneefall von 10 cm Höhe durchschnittlich 3 Millionen cbm Schnee fortgeschafft wurden.

Sportplätze und Schulhöfe

Große Leistungen vollbrachte das Garten- und Friedhofswesen, das bis März 1947 zwar nur in der Lage war, vier Sportplätze und Schulhöfe wiederherzustellen, dann aber von 1947 bis 1949 weitere 65 Schulplätze und Schulhöfe benutzbar machen half, insgesamt 69.

Stadt im Grünen

Hamburg war von jeher eine Stadt im Grünen. Man konnte an der Alster, am Oberlauf der Alster, am Elbufer und in den Wallanlagen von einer echten und charaktervollen Stadtlandschaft sprechen. Hamburgs Reichtum an Bäumen war sprichwörtlich. Allein an Straßenbäumen besaß Hamburg vor dem Krieg rund 100 000, davon wurden in den Bombennächten, hauptsächlich doch in den ersten Nachkriegsjahren 70 000 zerstört, die meisten während des Katastrophenwinters, dem viele Linden, Ulmen, Pappeln und Eichen zum Opfer fielen, die in den Öfen oder in den Herd wanderten. Deshalb ging das Garten- und Friedhofsamt so rasch wie möglich daran, das Zerstörte oder Gefällte wiederaufzuforsten. Schon bis 1947 wurden 500 Straßenbäume neugepflanzt, im darauffolgenden Jahr weitere 4000, während sich die Aufforstungsleistung in der Zeit von April 1948 bis März 1949 auf 9000 junge Bäume steigerte. Insgesamt ist dadurch der Straßenbaumbestand in Hamburg wieder auf annähernd 50 000 gestiegen, darunter 19 000 junge Bäume. Um diese Aufforstung auch in den kommenden Jahren mit Sicherheit fortsetzen zu können, sind schon bis März 1947 1 Million Pflanzen angezchtet worden, ihre Zahl ist bis zur Gegenwart auf 1,7 Millionen gestiegen.

Schüler — Lehrer — Schulen

	Volksschule			Oberschule			Berufsschule		
	Schüler	Lehrer	Gebäude	Schüler	Lehrer	Gebäude	Schüler	Lehrer	Gebäude
1938	141385	3987	375	18 918	1039	42	64 809	1236	50
1.12.1945	116459	2577	192	16 262	696	24	29 000	724	21
1. 4.1949	184692	4279	249	17 941	1085	34	55 493	982	34

Schulraumverhältnisse

Von den 1938 vorhandenen 467 Schulgebäuden waren am Ende des Krieges:

- 21 % zerstört (etwa 100 Gebäude),
- 26 % schwer beschädigt und zum Teil nicht benutzbar (etwa 120 Gebäude),
- 14 % leicht beschädigt,
- 39 % unbeschädigt.

Seither erfolgten:

Wiedergewinnung von Räumen: (größtenteils in teilzerstörten Gebäuden) 450, davon 230 Klassenzimmer
Dachinstandsetzungen an 227 Schulen
Verglasungen, rund 15 000 Fenster
Überholung der Heizung in 148 Schulen
Malerarbeiten, Anstrich von 557 Klassen
(umgerechnet 40 Schulen)
und von 367 anderen Räumen
umfangreiche Instandsetzungen der sanitären Anlagen.

Schulneubau

Auch der schon beim Wiederbeginn des Unterrichts geplante, notwendige Schulneubau konnte erst nach der Währungsreform in Angriff genommen werden. Das Ziel ist, zunächst so viel neuen Schulraum zu schaffen, daß ein geordneter Unterricht in zwei Schichten möglich ist. Das wird erreicht durch:

! Bau hölzerner Pavillons: Wir haben damit insgesamt 25 Klassenräume gewonnen (Alsterdorfer Straße 420: 4 Klassen — Hummelsbüttel: 4 Klassen — Nienstedten: 2 Klassen — Stellingen: 5 Klassen — Poppenbüttel: 4 Klassen — Langenhorner Chaussee 515: 3 Klassen — Rennbahnstraße: 3 Klassen).

Erweiterungen oder Anbau massiver Schulpavillons: hierdurch wurden insgesamt 65 Klassenräume gewonnen (Rahlstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Bergstedt, Sasel, Wellingsbüttel, Eidelstedt, Stellingen, Sülldorf, Bahrenfeld, Fischbek, Neugraben, Lokstedt, Tonndorf, Langenhorner Chaussee 515).

Ankauf und Umbau geeigneter Gebäude: So entstand in Poppenbüttel eine neue Schule mit 9 Klassen, in Wohldorf eine neue Schule mit 7 Klassen, in Volksdorf eine neue Schule mit 20 Klassen.

Schulneubau in Form der „wachsenden Schule“: in Iserbrook (Einweihung des ersten Bauabschnitts Ende August). Das ist der erste Schulneubau seit siebzehn Jahren! Weitere „wachsende Schulen“ sind geplant.

Gesundheit der Schulkinder

Aufschlußreich sind die Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchungen über den Gesundheitszustand der Kinder:

	1938	1946	1947	1948	1949
I gut	39 %	13 %	12 %	14 %	26 %
II mittel	50 %	57 %	46 %	54 %	59 %
III schlecht	10 %	29 %	40 %	30 %	19 %

Hamburger Theater

	1939	1949
Hamburgische Staatsoper	1 808 Plätze	606 Plätze
Staatliches Schauspielhaus	1 627 „	1 601 „
Theater im Haus der Jugend	— „	741 „
Kleines Haus des Staatl. Schauspielhauses in Altona	874 „	— „
Thalia-Theater	1 301 „	769 „
Haus Schlankreye	— „	517 „
Hamburger Kammerspiele	— „	535 „
Richard-Ohnsorg-Theater	364 „	364 „
Operettenhaus	1 436 „	— „
St.-Pauli-Theater	938 „	938 „
Theater im Zimmer	— „	60 „
Harburger Theater	661 „	340 „
Flora-Theater	1 400 „	1 335 „
Haus am Besenbinderhof	— „	999 „
	10 409 Plätze	8 805 Plätze

Sorge für die Jugend

	9 seit 1945	9 davon neu er- genommen worden u. eingericht.	20 jetziger Gesamt- bestand
Erziehungsheime			
Heimschulen	10	10	18
Jugendwohnheime	16	5	18
Arbeitserziehungsgruppen und Durchgangsheime	9	9	10
Heime und Gruppenräume der Jugendpflege	25	6	36
Kindertagesheime, Krippen und Kindervollheime	65	22	109
Einrichtungen der örtlichen Erholungsfürsorge	7	3	7
	zusammen 141	64	218

Wiederaufbau

Der Wiederaufbau, die Neuerwerbung oder die Wiederinbetriebnahme von 141 Einrichtungen der Jugendbehörde, die nach 1945 erfolgte, war dringend nötig, da der Krieg 76 Heime der Jugendbehörde, 5 Erziehungsheime (Jugendamtsheime) und fast sämtliche Einrichtungen der örtlichen Erholungsfürsorge zerstörte. 175 Häuser erlitten erhebliche Bomben- und Brandschäden, viele andere Gebäude wurden aus kriegsbedingten Gründen für andere Behörden oder andere Dienststellen beschlagnahmt und ihrem eigentlichen Zweck entzogen.

Jugendwohnheime

Seßhaftigkeit bildet immer die Voraussetzung für die Wiedereingliederung in eine Erwerbstätigkeit. 1945 waren 13 Heime dieser Art vorhanden und

mit 564 Jugendlichen belegt. Heute gibt es 18 Heime. Damit stehen gegenwärtig insgesamt 974 Plätze in Jugendwohnheimen zur Verfügung.

Fürsorgeerziehung

Gerichtlich angeordnete Fürsorgeerziehung	701
freiwillige öffentliche Erziehung	969
hilfsbedürftige Minderjährige in öffentlicher Erziehung	2820
	insgesamt 4490

Speisung der Kinder

Während der kritischen Mangeljahre setzte sich die Jugendbehörde mit Nachdruck für zusätzliche Verpflegung ein. Neben der Schulspeisung, die täglich 230 000 schulpflichtige Kinder erfaßte, wurden täglich weitere 41 000 Mahlzeiten an Kleinkinder in vorschulpflichtigem Alter ausgegeben. Die durch die Jugendbehörde verteilte Gesamtzahl der Portionen belief sich in den letzten drei Jahren auf 3,14 Millionen. Diese außerordentliche Hilfe, die für viele Hamburger Kinder die Rettung ihrer Gesundheit bedeutete, konnte nur mit Hilfe amerikanischer, englischer, dänischer, norwegischer und schwedischer Lebensmittelspenden durchgeführt werden. Auch für die Bekleidung der Kinder und Jugendlichen wurde wirksame Beihilfe geleistet.

Tagesheime und Säuglingsstationen

Viele alleinstehende Mütter sind genötigt, während ihrer Berufstätigkeit ihre Kinder unterzubringen. Durch die Vereinigung städtischer Kindertages- und Jugendheime e.V. unterhält die Jugendbehörde 84 Tagesheime und 25 Vollheime mit Krippen und Säuglingsstationen, daneben zwei Heime für Mutter und Kind. In diesen Heimen können 10 600 Kinder bis zum 14. Lebensjahr unterkommen; 38 Mütter können in ihnen nach ihrer Entbindung gleichzeitig vorübergehende Aufnahme finden. Während der Zeit von 1945 bis 1949 ist die Zahl dieser Heime erheblich vermehrt worden.

Vorwiegend waren das alleinstehende Frauen, deren Ernährer gefallen oder durch Kriegsgefangenschaft abwesend waren. Nach der Währungsreform hatte die Heimbedürftigkeit von Kindern durch die Arbeitsaufnahme der Mütter positivere Gründe. In Vollheime wurden 1946 rund 2000 Kinder ein-
gewiesen, seit 1947 rund 3000 Kinder jährlich. Die Zahl der Tagesheim-Einweisungen wird auf 30 000 im Jahre beziffert.

Für die Hilfsbedürftigen

Die große Unterstützungsbehörde ist die Sozialbehörde:

	im Monatsdurchschnitt laufend unterstützte Parteien	Ausgabe in 100 D-Mark
1946	38 690	31 337
1947	33 754	21 989
1948	29 507	27 590

Unterstützungssätze

In der Zeit von 1945 bis 1949 änderten sich die Richtsätze für Fürsorgebedürftige. Für den Haushaltsvorstand erfolgte eine Erhöhung von 33,— DM auf 44,— DM, für den erwachsenen Angehörigen von 25,— DM auf 30,— DM, für jedes Kind von 16,— DM auf 25,— DM. Die Darlehnskasse, die Darlehen zur Behebung von Notständen an Gewerbetreibende, Einzelhändler, Kriegsoffer und durch Kriegsfolgen wirtschaftlich Geschädigte gewährt, hatte durch die Währungsreform ihr Vermögen zum größten Teil verloren. Nachdem ihr im Februar 1949 neue Mittel zur Verfügung gestellt wurden, konnten wieder Darlehen, in der Regel in Höhe von 500,— DM, in Ausnahmefällen von 1000,— DM, gewährt werden.

Kleidung

Um die in offener Fürsorge Betreuten ausreichend mit Ober-, Unterkleidung und Schuhwaren zu versorgen, wurde im Februar 1949 eine Bekleidungsstelle errichtet, für die am Tage der Eröffnung ein Warenbestand von 200 000,— DM verfügbar war. Hier erhalten die Bedürftigen zu wesentlich verbilligten Preisen gute und zweckmäßige Bekleidung.

Selbsthilfebauten

Über die Darlehnskasse können neuerdings auch für kleinere Selbsthilfebauten, die sich für eine Finanzierung durch die Wiederaufbaukasse nicht eignen, Mittel gegeben werden. Für diese Zwecke ist von den für Baudarlehen bereitgestellten öffentlichen Mitteln ein Teilbetrag von 2 $\frac{1}{3}$ Millionen D-Mark abgezweigt worden. Es liegen bereits 1559 Anträge mit einer Gesamtsumme von 2 211 050,— DM vor; die Auszahlungen haben begonnen.

Flüchtlingsfürsorge

Im Jahre 1948 konnte monatlich 1300 Flüchtlingsfamilien wirksam geholfen werden. Zahlreiche Familien wurden mit Hilfe des Deutschen Suchdienstes und des Dänischen Roten Kreuzes wieder zusammengeführt. 1948 wurden über den Rahmen der allgemeinen Fürsorge hinaus an 11 552 Flüchtlinge 51 291 Bekleidungsstücke, an 2617 Flüchtlinge 19 993 Möbel und Hausratsgegenstände ausgegeben. 1 Million DM wurden für den Aufbau und die Sicherung von Flüchtlingsbetrieben bereitgestellt, durch die eine echte Eingliederung von Flüchtlingen in das Hamburger Gemeinwesen gefördert werden soll.

Bis zum 1. Mai 1949 waren in Hamburg 65 247 Flüchtlingsausweise ausgegeben worden.

Lager

In vielen Fällen war Unterbringung in Lagern, die ursprünglich als Durchgangslager vorgesehen waren, notwendig. Infolge des anhaltenden Zuzugs nach Hamburg verwandelten sich die meisten Durchgangslager in Wohnlager. 1945 wurden 66 Lager, 1946 17, bis 1949 weitere 32 Lager, insgesamt 115 eingerichtet, davon wurden bis 1949 84 wieder aufgelöst oder an Wohnungsverwaltungsgesellschaften abgegeben. Es unterstehen heute der Lagerverwaltung noch 31 Lager, davon 12 Barackenwohnlager, 12 Wohnbunker, 1 Wohnheim für Heimkehrer, 1 Mütter- und Säuglingsheim, 1 Nissenhüttenlager für Familien und 4 Arbeitslager.

Viele äußerst dürrtige Unterkünfte konnten so in leidlich erträgliche Wohnräume verwandelt werden. Die Zahl der in Lagern Betreuten wuchs von 3000 auf 10 175, davon waren 4699 Hamburger, 1704 Zugezogene aus Berlin und der sowjetischen Zone und 3754 Flüchtlinge.

Übernachtungsstätten

Für vorübergehend in Hamburg Verweilende wurden zunächst 10 Übernachtungsstätten eingerichtet. Jetzt beträgt ihre Zahl 6. Seit Bestehen wurden sie von 3 Millionen Menschen in Anspruch genommen. Die Übernachtungsquote betrug anfänglich 3000 bis 4000 Personen täglich. 1948 sank sie auf 600 und stieg dann auf rund 1000.

Alters-, Pflege- und Obdachlosenheime

Vor dem Kriege gab es in Hamburg Alters-, Pflege- und Obdachlosenheime mit 7000 Betten. Durch Kriegseinwirkungen wurde diese Zahl auf 3300 vermindert. 1946 gelang es, eine ehemalige Kaserne in Harburg-Heimfeld, eine zweite in Wandsbek-Marienthal, 1948 eine dritte in Fischbek-Neugraben zu Altersheimen umzubauen. Durch Verbesserung der Ernährung für die Siechen und gebrechlichen Alten war es möglich, die Sterblichkeitsquote von 5 % im Monatsdurchschnitt 1948 auf nur noch 1,1 % herabzumindern. Am 1. April 1948 betrug die Zahl der verfügbaren Bettplätze wieder 5570. Nach Abschluß der für 1949 begonnenen Bauten werden es 7305 sein.

Sorge für die Gesundheit

Am Tage der Kapitulation standen der Gesundheitsbehörde in ihren Krankenanstalten etwa 10 500 Betten zur Verfügung. Von 480 Gebäuden der Hamburger Krankenanstalten waren bei Kriegsende 93 total zerstört, 61 schwer und 200 mittelschwer bzw. leicht beschädigt. Nur etwa 130 Gebäude waren unversehrt geblieben.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es bis zu 1947 gelungen, durch Wiederherstellungsarbeiten den Raum für die Aufstellung von 3500 Krankenbetten zurückzugewinnen und diese Betten in Betrieb zu nehmen. Außerdem wurden durch Umwandlung der früheren Kasernen in Langenhorn („Heidberg“), Rissen und Harburg weitere 3500 Krankenbetten zusätzlich geschaffen. Damit erhöhte sich die Anzahl der Krankenbetten auf 14 000.

Die Krankenhäuser decken nur etwa $\frac{2}{3}$ ihrer Ausgaben durch Einnahmen. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln sind deswegen hoch. Sie haben in den letzten vier Jahren betragen:

1946	8,9 Millionen D-Mark,
1947	11,9 Millionen D-Mark,
1948	17,5 Millionen D-Mark,
1949	19,0 Millionen D-Mark.

Säuglingssterblichkeit

Die Auswirkungen von Not und Mangel lassen sich von der Statistik der Säuglingssterblichkeit ablesen. Diese Sterblichkeit betrug im Jahresdurch-

schnitt 1938 5,1%, sie stieg 1945 auf 13,3% und erreichte im April 1945 mit 22,5% ihren erschreckend hohen Gipfel. Trotz widrigster Umstände gelang es den großen Anstrengungen aller helfenden Instanzen, den Jahresdurchschnitt 1946 bereits wieder auf 10,5% herabzudrücken, doch lag er immer noch über doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Das Jahr 1947 brachte wesentliche Erleichterung, die Sterblichkeit sank auf 6,1%. Im Jahre 1948 konnte sie bei einem Jahresdurchschnitt von 4,9% unter den Stand des Jahres 1938 gesenkt werden.